

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2003

Frank Deppe

Gewerkschaften unter Druck

Autonomie und
außerparlamentarische Bewegung

Frank Deppe

Gewerkschaften unter Druck

Autonomie und außerparlamentarische Bewegung¹

1. Die Zuspitzung des sozialen Konflikts in der Gegenwart

In den ersten Monaten des Jahres 2003 war der Irak-Krieg das vorrangige Thema der öffentlichen Berichterstattung und Diskussion. Die Kriegsereignisse überlagerten zeitweilig ein zweites Thema, das vor allem in der jeweils nationalen Politik eine zentrale Rolle spielt: die Auseinandersetzungen um die so genannten sozialpolitische Reformen. Dabei handelt es sich um massive Einschnitte in das »soziale Netz« – entweder in Form von Leistungskürzungen oder drastischer Sparmaßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens, der Arbeitslosenversicherung und der Rentensysteme. Dazu kommen weitere Maßnahmen, mit denen Errungenschaften der Gewerkschaften (wie z.B. Regelungen zum Kündigungsschutz oder Ladenschlussregelungen im Bereich des Einzelhandels) aufgehoben bzw. flexibilisiert werden sollen.

Die Regierungen (und die sie tragenden Parteien) bestehen auf einer Politik des Schuldenabbaus und der Austerität (und berufen sich dabei auf die Europäische Währungsunion, die Konvergenzkriterien und die Europäische Zentralbank). Sie unterstützen die Unternehmer und ihre Verbände bei der Forderung nach weiteren Flexibilisierungsmaßnahmen auf den Arbeitsmärkten, nach der Schaffung eines Niedriglohnssektors und einer Ausbeutung von Flächentarifverträgen. Sie fordern von den Gewerkschaften Lohnzurückhaltung und stellen zugleich grundlegende Prinzipien des Wohlfahrtsstaates – darunter in erster Linie die paritätische Finanzierung und den universalistischen Anspruch der sozialpolitischen Leistungen – in Frage. Ihr Ziel ist eine Privatisierung (Entstaatlichung) der Sozialpolitik, die ihrerseits eng verbunden ist mit einer Politik zur Förderung der globalen Finanzmärkte und der institutionellen Anleger (vor allem der großen Versicherungskonzerne, der Pensionsfonds und der Banken).²

¹ Diesem Text liegt das Manuskript eines Vortrages zum Thema »Gewerkschaftern als außerparlamentarische Bewegung. Wie kann politische Handlungsfähigkeit zurückgewonnen werden?« zugrunde, den ich am 17. Mai 2003 bei der Konferenz des Zukunftsforums Stuttgarter Gewerkschafter gehalten habe.

² Vgl. dazu Martin Beckmann, Shareholder-Ökonomie und die Reform der Alterssicherungssysteme in der Europäischen Union, FEG-Studie Nr. 17, Marburg 2002.

Überall wird diese Politik mit dem Hinweis auf die Wirtschaftskrise, die Massenarbeitslosigkeit und die leeren Staatskassen sowie auf den globalen Wettbewerb und die Notwendigkeit von »Modernisierung« und Anpassung (z.B. an die demografische Entwicklung bzw. die Überalterung der europäischen Gesellschaften) begründet. Während in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 2003 die DGB-Gewerkschaften zu Großdemonstrationen gegen die »Agenda 2010« aufriefen,³ fanden in Österreich und Frankreich Generalstreiks statt. In beiden Ländern waren Pläne der Regierung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und zur Verkürzung der Leistungen aus der Rentenversicherung Anlass für massiven Protest. Die »Süddeutsche Zeitung« berichtete am 17. Mai 2003 aus Paris: »Die Streiks gegen die Reformpläne des Premierministers Raffarin fanden deutlich stärkeren Zulauf als erwartet. Fast die gesamte Woche herrschte Stillstand in Frankreich. Bis zu zwei Millionen Menschen haben sich an den Demonstrationen beteiligt, vor allem Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes... Doch es marschierten auch überraschend viele Mitarbeiter privater Unternehmen mit, ... obwohl sie von den Reformplänen bisher gar nicht betroffen sind«.

Solche Aktionen zeugen von zunehmenden Spannungen zwischen den Regierungen und den Gewerkschaften. In den wenigen Ländern, in denen noch Sozialdemokraten in der Regierung vertreten sind, spricht die Presse vom »Bruch eines historischen Bündnisses«. Auch in Großbritannien nimmt der Widerstand von Teilen des TUC gegen die Politik von Tony Blair zu – nicht nur als Protest gegen die Beteiligung der Regierung am Irak-Krieg, sondern auch als Widerstand gegen die Pläne zur weiteren Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, vor allem im Bereich des Gesundheitswesens. In Italien bereiteten Teile der CGIL

³ Die Vorhaben der deutschen Bundesregierung, die mit der »Agenda 2010« bezeichnet werden, betreffen u.a. die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, eine weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung, erweiterte Zusatzzahlungen in der Krankenversicherung, nochmalige Absenkung des Rentenniveaus. Nachdem bekannt wurde, dass an den Demonstrationen der DGB-Gewerkschaften (nur) 90.000 Personen teilgenommen hatten, vollzog die Führung – vor allem der IG Metall – eine abrupte Wende. Darin kündigte sich schon die nach dem Streik in Ostdeutschland eskalierende Krise der IG Metall (in der Auseinandersetzung um die Nachfolge von Klaus Zwickel) an; denn einer der zentralen Konfliktpunkte zwischen den Strömungen in der Organisation betrifft das Verhältnis zu der von der SPD geführten Bundesregierung. Dazu kommt die Auffassung von (nicht wenigen) Tarifexperten und Betriebsräten, dass die Sozialpolitik im Grunde ein sekundäres Feld gewerkschaftlicher Politik sei, da hier – anders als bei den Tarifverhandlungen und in der betrieblichen Praxis der Interessenvertretung – das gewerkschaftliche Machtpotenzial nicht direkt wirksam werden kann. Daher seien in diesem Felde auch andere Politikformen notwendig. Dass gerade in diesem Bereich ein »concession bargaining« in gewaltigen Dimensionen stattfindet und dazu zahlreiche Beschäftigte in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes (Gesundheits-, Bildungswesen etc.) betroffen sind, wird von solchen Positionen in der Regel negiert.

– nach den beiden großen Generalstreiks des Jahres 2002 – ein Referendum über einen Gesetzentwurf der Berlusconi-Regierung vor, in dem der Kündigungsschutz aufgehoben wird.⁴ Die Massendemonstrationen in Spanien, die von den Gewerkschaften mitgetragen werden, richteten sich nicht allein gegen die Beteiligung der Aznar-Regierung am Irak-Krieg, sondern auch gegen die freundliche Politik der konservativen Regierung gegenüber den Unternehmern.⁵

Die Journalisten lieben die Übertreibungen – so zum Beispiel, wenn vorschleunigend der »Bruch eines historischen Bündnisses« zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften konstatiert wird. Spannungen und heftige Auseinandersetzungen zwischen regierenden sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften sind hingegen keineswegs neu. 1974 geriet die Gewerkschaft ÖTV mit ihrem Vorsitzenden Heinz Kluncker in den Verdacht, mit ihrem Lohnstreik mehr zum Sturz des Kanzlers Willy Brandt beigetragen zu haben als der DDR-Spion *Günther Guillaume*. In Stuttgart demonstrierten im Jahre 1981 70.000 gegen »Sozialdemontage« durch die von Helmut Schmidt geführten Bundesregierung. Damals war in Führungskreisen der SPD eine »Dolchstoßlegende« verbreitet, derzufolge der Leiter des IG Metall-Bezirks Stuttgart, Franz Steinkühler, der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung von Helmut Schmidt den entscheidenden Todesstoß versetzt habe.

2. Die Stigmatisierung der »Neinsager« – oder: »Volkssport: Gewerkschaften prügeln«⁶

Vom überwiegenden Teil der Presse und der öffentlichen Meinung – nicht nur ihrer konservativen und neoliberalen Wortführer, sondern auch von traditionell liberalen bzw. linksliberalen Organen – werden die Gewerkschaften als die *Partei der Neinsager* und *Traditionalisten* (»Dinosaurier«), als Feinde jeder »Modernisierung« hart angegriffen.⁷ Die Medienkampagne nimmt zeitweilig Formen

⁴ Diese Initiative scheiterte am 14./15. Juni (vgl. dazu Rossana Rossanda, Die Arbeit zählt nicht, in: Sozialismus 7-8/2003, S. 22).

⁵ Als einen ersten Überblick über neuere Entwicklungstendenzen in den europäischen Gewerkschaften vgl. Frank Deppe, Some Reflections on the Situation of the Trade Union Movement in the European Union, in: Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Eds.), The Emergence of a New Euro-Capitalism (Contributions by Hans-Jürgen Bieling, Dorothee Bohle, Sam Gindin/Leo Panitch, John Grahl, Christoph Scherrer), FEG-Studie Nr. 18, Marburg 2003, pp. 114-134.

⁶ Vgl. Birgit Mahnkopf, Vom Sozialpartner zur Nicht-Regierungsorganisation?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 5/2003, S. 303-311.

⁷ Eine besonders üble Rolle spielt dabei die einst linksliberale Wochenzeitung DIE ZEIT. In der Ausgabe vom 26. Juni 2003 (S. 8) fordert die Rechtsanwältin Gisela Wild die Abschaffung des Streikrechtes – mit der Begründung, dass sich die »Übermacht« der Gewerkschaften immer

eines regelrechten »union-bashing« an, das in der Kommentierung der Krise der IG Metall im Juni/Juli 2003 einen traurigen Höhepunkt erreichte. Offenbar wusste sich ein Teil der Journalisten dabei durchaus in Übereinstimmung mit wichtigen Personen aus dem Apparat der IG Metall und aus dem Bundeskanzleramt, die sie mit »Informationen« über die bevorstehende Machtergreifung von »Organisationsstalinisten« und »Nordkoreanern« in der IG Metall versorgt hatten. Liberale und konservative Politiker wollen solche Stimmungen und Gewerkschaftskrisen natürlich nutzen, um weitere »Reformen« vor allem im Bereich der Außerkräftsetzung von Flächentarifverträgen und der Mitbestimmungsregelungen einzufordern. Die Gewerkschaften erscheinen als bürokratische Apparate, die ihre eigenen Interessen und die der Arbeitsplatzbesitzer – also von relativ »privilegierten« Teilen der Arbeiterklasse – verteidigen. Letztlich werden die Tarifverträge, die Lohnanpassung und Flexibilisierung (nach unten) angeblich verhindern, sowie die bestehenden Sozialsysteme für die Wachstumsprobleme der Wirtschaft, für die Massenarbeitslosigkeit und für die leeren Staatskassen verantwortlich gemacht. In jeder Talkshow überbieten sich Vertreter des konservativ-neoliberalen Lagers in solchen Schuldzuweisungen!⁸

mehr gegen den Staat und das Gemeinwohl richte. »Ein ständiges kategorisches Nein der Gewerkschaften zu allen anerkannt notwendigen Reform des Arbeits- und Sozialrechts (damit meint die Dame die »Agenda 2010«, F.D.) ist ein Missbrauch der Tarifautonomie«. Sie hält die neoliberale Agenda offenbar für eine Naturordnung, was nicht nur reichlich dumm, sondern auch noch verfassungswidrig ist. Dabei beruft sie sich auch noch auf das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes, das umgekehrt durchaus einen gewerkschaftlichen Generalstreik gegen die Zerstörung des Sozialstaates legitimieren würde. Dabei tritt völlig in den Hintergrund, dass die DGB-Gewerkschaften – anders als in Österreich, Frankreich, Italien oder Spanien – überhaupt nicht gegen die Politik der Regierung gestreikt, sondern nur zu Protestkundgebungen aufgerufen haben. Die Forderung der Rechtsanwältin Wild dokumentiert eine Art Mittelklasse-Faschismus; denn die Aufhebung des Streikrechtes (mit den gleichen Begründungen wie durch Frau Wild) ist stets eine der ersten Maßnahmen faschistischer und Militärdiktaturen – von Hitler bis Franco. Sie wiederholt nur Positionen des neoliberalen Altmeisters Friedrich August von Hayek, der gefordert hatte, den Gewerkschaften das politische Mandat zu entziehen und der gleichzeitig ein Freund von Diktaturen (Pinochet, Salazar, Botha etc.) war. Der wirkliche Skandal ist, dass DIE ZEIT einen solchen fast ganzseitigen Artikel publiziert – was allerdings deshalb nicht verwundert, weil diese Zeitung seit einiger Zeit durch den Fundamentalisten Joseph (»Joe«) Joffe geleitet wird. Vielleicht ist Herrn Joffe und Frau Wild entgangen, dass der Artikel 28 der europäischen Grundrechtscharta, die gerade als Teil II einer neuen europäischen Verfassung vom Europäischen Rat angenommen wurde, den folgenden Wortlaut hat: »Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder ihre jeweiligen Organisationen haben nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten das Recht, Tarifverträge auf den geeigneten Ebenen auszuhandeln und zu schließen sowie bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich Streiks, zu ergreifen«.

⁸ Die harten Neoliberalen erklären sich besonders gerne zu Anwälten der Arbeitslosen und Armen – gegen die Gewerkschaften und ihre angeblich »wohlhabende« Klientel. Die reichen kapitalistischen Klassengesellschaften sind inzwischen daran gewöhnt, seit fast 30 Jahren mit Massenarbeitslosigkeit zu leben, ohne dabei größere Erschütterungen (im Sinne der Stärkung

Das Verdikt von den »Neinsagern« wird in der Regel von Leuten erhoben, die sich niemals die Mühe gemacht haben, die alternativen Programme von Gewerkschaften und Wissenschaftlern zur Regierungspolitik (im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik) auch nur ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen. Dahinter verbirgt sich natürlich die bornierte Überzeugung, dass es zu den Konzepten einer – auf die Neoklassik und die »Neue Politische Ökonomie« (mit ihrem »methodologischen Individualismus«) zurückgehenden – angebotsorientierten Wirtschaftspolitik (im Interesse des Kapitals) keine Alternative geben kann. Die Positionen einer alternativen Wirtschaftspolitik sind mit dem jeweils im Mai vorgelegten »Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik« (inzwischen auch für die EU⁹) seit mehr als 20 Jahren gut bekannt. Das Problem besteht nicht darin, dass es keine Alternativen gibt, sondern dass diese innerhalb des herrschenden Blocks systematisch negiert werden.

In der medialen Kultur der Gegenwart haben die »Neinsager«, überhaupt die Kritiker der herrschenden Verhältnisse, ein außerordentlich niedriges Ansehen. Der mephistophelische »Geist, der stets verneint«, gilt als der Miesmacher, der Prototyp des »Losers« – über den die ewig grinsenden RTL-»Superstars« – die Glückskinder des Konsumkapitalismus und seiner Freizeitwelten – triumphiert haben. Und doch ist der Vorwurf gegen die »Neinsager« außerordentlich dämlich; denn *erstens* gibt es ohne Opposition (die »Nein« sagt) keine Demokratie. *Zweitens* zeichnet sich die gesamte Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung immer wieder dadurch aus, dass »Nein« gesagt wurde zu den herrschenden Verhältnissen. Schließlich

der Linken) zu erleiden (das war die große Furcht der Bourgeoisie und der Mittelklassen in der Zwischenkriegsperiode vor der Gefahr der »bolschewistischen Revolution«, die auch z.B. John Maynard Keynes motivierte). Daher muss auch die Frage gestellt werden, ob diese Massenarbeitslosigkeit (im Interesse des »herrschenden Blocks«) nicht gewollt ist – gerade von den Heuchlern, die sie mit den Instrumenten eines neoliberalen Marktradikalismus beseitigen möchten. Die Massenarbeitslosigkeit zerstört: a) die Macht der Gewerkschaften, vor allem auf dem Gebiet der Lohnpolitik (das Absinken der Lohnquote mit dem Ansteigen der Arbeitslosenquote illustriert diesen Zusammenhang). Sie hebt b) langfristig (über die Finanzierungsprobleme) die Funktionsfähigkeit der Sozialkassen aus. Und sie führt – spontan (über den Markt) oder per Gesetz – c) zur Etablierung eines Billiglohnssektors (»prekäre Beschäftigungsverhältnisse«), der weder durch Sozialgesetze noch durch Tarifverträge geregelt ist. Auf diese Weise werden seit den 1970er Jahren Dritte-Welt-Verhältnisse – nach US-amerikanischem Vorbild – in die Metropolen des Kapitals importiert. Auch dabei spielt das Motiv eine Rolle, die Kraft der Arbeiterbewegung und des Klassenkampfes zu zerstören (wiederum nach US-amerikanischem Vorbild). Nach wie vor sind jedoch die Gewerkschaften in Europa (obwohl sie in den letzten beiden Jahrzehnten z.T. dramatisch geschwächt wurden) Bastionen des Widerstandes gegen die neoliberale Restauration des Manchester-Kapitalismus. Daher sind sie – seit Margaret Thatcher – der Hauptgegner jener sozialen, politischen und (in den Medien) ideologischen Kräfte, die diese Restauration zum eigenen Klassenvorteil betreiben.

⁹ Vgl. dazu Miren Etxezarreta/John Grahl/Jörg Huffschild u.a., EuroMemo 29002, Hamburg 2003 sowie Joachim Bischoff/Klaus Steinitz (Hrsg.), Linke Wirtschaftspolitik? Hamburg 2003.

sei *drittens* an die Basisprämisse aller kritischen Theorie erinnert: Ohne Negation (bzw. Widerspruch) gibt es keine Dialektik, d.h. keinen Erkenntnisfortschritt.

3. Das Dilemma der Mittelklasse: Angst vor dem Absturz

Woher aber resultiert die Aggressivität gegenüber den Gewerkschaften, die vor allem von jüngeren Journalistinnen und Journalisten gepflegt wird? Einer der Gründe könnte sein, dass gerade diese Gruppe – die »organischen Intellektuellen« einer post-1968er Mittelklasse-Generation – die derzeitige Krise im Mediensektor unmittelbar als »Angst vor dem Absturz« erlebt (Barbara Ehrenreich). Sie haben die Orientierung ihrer Lebensplanung mehr als andere Gruppen auf den Shareholder-Kapitalismus der 1990er Jahre, d.h. auf die Finanzmärkte und die Börsen, ausgerichtet. Dort findet die Akkumulation von Reichtum statt; dort begegnet man den Erfolgsmenschen und dort glitzern die Leitkulturen eines »demonstrativen Konsums« (»conspicuous consumption«, Thorstein Veblen). Deshalb löst die Krise der großen Zeitungen, die Entlassungswelle von Journalisten, die Verschlechterung der Berufsaussichten für die Nachrückenden gewaltige Verunsicherungen und Ängste aus.¹⁰

Wie in der *New Economy* setzt sich auch hier die brutale, sozialdarwinistische Logik des individuellen Wettbewerbs (»survival of the fittest«) durch. Die Massenarbeitslosigkeit war seit Mitte der 1970er Jahre die effektivste Waffe für das Kapital, um die Arbeiterklasse – vor allem ihre industriellen Teile – zu diszi-

¹⁰ In einem Artikel der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (8.6.03, S. 4) über die CDU wurde dieser Zusammenhang direkt angesprochen. Die CDU dürfe sich nicht mit den guten Umfrageergebnissen zufrieden geben. Schon im Winter könne sich die Stimmung wieder zugunsten von Schröder wenden. »...ab dem Frühjahr zieht die Konjunktur in Amerika wieder an und in ihrem Schlepptau die deutsche, die Arbeitslosigkeit wird zwar nicht entscheidend reduziert, aber es kommt zu einem Stimmungsumschwung, nicht zuletzt in der besonders leidenden Medienbranche. Die Journalisten atmen auf, auch in ihren Artikeln, und mit ihnen die besonders gebeutelte bürgerliche Mittelklasse...« Zu dieser bürgerlichen Mittelklasse gehören inzwischen aber auch Journalisten, die es (gleichsam als »organische Intellektuelle« des Establishments) geschafft haben, von einst linksradikalen Autoren zu Leitartikeln von FAZ, Welt und Zeit zu avancieren. Solche Karrieren (parallel zu denen der einschlägigen Minister) erzeugen natürlich professionelle Zyniker, die sich besonders gut dazu eignen, gegen die Linke – und vor allem gegen die Gewerkschaften – zu polemisieren. Allerdings wird man solchen Spezialisten für Gesinnungsflexibilität in der Regel nicht vorhalten können, dass sie in ihrer linksradikalen Jugendphase »gewerkschaftsorientiert« waren. Sie haben deshalb den Sprung vom libertären Anarchismus zum Neoliberalismus – als Propagandisten eines demokratischen Imperialismus – intellektuell besonders leichtfüßig geschafft. Am Beispiel ihrer Karrieren scheinen sich frühere, harte Urteile über die »prinzipielle Gesinnungslosigkeit von Intellektuellen«, die auch in der alten Arbeiterbewegung als (latente oder offene) Intellektuellenfeindlichkeit wirkten, massiv zu bestätigen.

plinieren. Nun wirkt auch im Mediensektor die Angst als Hebel der Unterwerfung und Anpassung, zumal dort bislang kaum Erfahrungen von kollektiver Interessenvertretung und von Kämpfen gewonnen wurden. Anpassung heißt stets auch Unterwerfung unter die Ideologie der großen Eigentümer und Manager im Mediensektor, die – wenn man an die Namen Murdoch, Berlusconi, Forbess und Kirch erinnert – hasserfüllt gegen die Linke ausschlagen, während sie gleichzeitig begeisterte Anhänger des Neoliberalismus sind. Die Mittelklasse (das gehobene »Kleinbürgertum«, so nannte man das früher) buckelt nach oben und tritt nach unten!¹¹

Die Aggressivität der Angriffe ist darüber hinaus darauf zurückzuführen, dass der Klassenkompromiss, der dem universalistischen Wohlfahrts- oder Sozialstaat der so genannten Golden Age-Periode zugrunde lag, längst zerbrochen ist. Oftmals wird dabei die Rolle der lohnabhängigen Mittelklasse zu wenig beachtet. Diese sind mit den Unterklassen (relativ) solidarisch, solange sie sich an der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates beteiligen und auch seine hohen Kosten – z.B. in Skandinavien – akzeptieren. Dafür profitierten sie aber auch in besonderer Weise von den Institutionen und Leistungen des Wohlfahrtsstaates – z.B. im Bildungs- und Gesundheitswesen oder bei den Pensionen und Renten, die Angehörige der Mittelklasse überdurchschnittlich in Anspruch nehmen. In den 1970er Jahren bildete die Solidarität der Mittelklasse mit den Unterklassen noch die zentrale Achse eines Reformblockes.

In der Folge der nunmehr seit fast drei Jahrzehnten anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, aber auch als Folge der Rückwirkungen des Globalisierungsprozesses auf die Kapitalmetropolen selbst (z.B. durch Migrationsprozesse und/oder die Verfestigung von Armutssektoren in den »reichen« Gesellschaften), vor allem aber auch als Folge der neoliberalen Austeritätspolitik der Regierungen haben sich jedoch die Finanzierungsprobleme der Sozialkassen beständig verschärft. Mit anderen Worten: Die Schere zwischen den Ansprüchen auf Leistungen und den Beitragszahlungen (vor allem von Erwerbstätigen in einem »Normalarbeitsverhältnis«) hat sich immer weiter geöffnet. Dabei zerbricht die Solidarität.

Die private Finanzierung (bzw. die Erhöhung des Anteils der privaten Finanzierung, z.B. durch Lebensversicherungen) wird nunmehr – wie bei den Selbständigen – zum zentralen Anliegen auch der lohnabhängigen Mittelklassen,

¹¹ In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass – ganz besonders in Deutschland – der Faschismus ohne die Unterstützung durch die Mittelklassen niemals an die Macht gekommen wäre. Auch damals – nach dem Ersten Weltkrieg, der Novemberrevolution, vor allem aber nach den Erfahrungen der Inflationskrise 1922/23 – war es die »Angst vor dem Absturz«, die die ohnehin konservativen bzw. monarchistischen Einstellungen des überwiegenden Teils der Mittelklasse-Angehörigen weiter nach rechts radikalisierten.

die sich von den Prinzipien einer solidarischen sozialen Sicherung abwenden, um die Vorteile individueller (privat finanzierter) Leistungen in Anspruch zu nehmen.¹² Diejenigen, die keine Leistungen erbringen, sollen auch die (durch Beiträge finanzierten) sozialen Sicherungssysteme nicht in Anspruch nehmen dürfen.¹³ Der Verfall der Börsenkurse 2002/2003 hat auch hier neue Ängste geweckt, aber gleichzeitig die Aggressivität gegen die Gewerkschaften gefördert, denn diese halten auch im Interesse des überwiegenden Teils ihrer Mitglieder an dem alten Klassenkompromiss (und seinen Solidaritäts- und Gerechtigkeitsprinzipien) fest.

Die neuen Eliten sind nicht nur »heimatlos« oder »bindungslos«¹⁴ geworden, sondern sie wollen auch nicht mehr einen Staat (einschließlich seiner Bildungs-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen) finanzieren, dessen Leistungen vermeintlich gegenüber denjenigen Dienstleistungen ständig schlechter werden, die sie privat kaufen können.¹⁵ Der neoliberale Staat kommt diesen Interessen entgegen, indem er a) Steuersenkungen für die Besserverdienenden und b) die Senkung der Lohnnebenkosten zum vorrangigen Ziel erklärt und beim Umbau der Sozialsysteme nicht nur die Privatisierung fördert (»Riester-Rente«), sondern auch die Arbeitgeber aus der gemeinsamen Finanzierung der Sozialleistungen (z.B. Krankengeld) entlässt. Der Handlungsspielraum des Staates im Hinblick auf die Reparatur und die Modernisierung öffentlicher Institutionen und Dienstleistungen (z.B. die Schulen und Universitäten) wird dadurch weiter eingeschränkt. So weitete sich der – von John Kenneth Galbraith schon einmal in den 1950er Jahren beklagte – Gegensatz zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut aus. Wer heute den Zustand einer Gesamtschule, die in den späten 1960er Jahren gebaut wurde, mit den Palästen der »New Economy« in den Großstadtzentren vergleicht, der kann diesen Gegensatz auch sinnlich erfassen.

¹² In einem Leitartikel der FAZ (17. Juni 2003, S. 1) wird der CSU-Sozialpolitiker Horst Seehofer scharf kritisiert. Mit seinem Vorschlag für eine »Bürgerversicherung« überhole er »locker links Grüne und SPD... Dahinter steckt die Idee, noch mehr Geld von denen zu holen, die vermeintlich mehr als der Durchschnitt haben. Doch sind Volumina, die auch nur vorübergehend ausreichen, die Finanzlage der Sozialkassen zu stabilisieren, nur aufzubringen, wenn die *Umverteilung weiter zu Lasten mittlerer Einkommen* ausgedehnt wird«. Der Artikel fordert eine Umstellung auf »starke, private Zusatzvorsorge«.

¹³ So das zentrale Argument neuer rechtspopulistischer Parteien (z.B. in Dänemark), die den Wohlfahrtsstaat – aber nur für die einheimische Bevölkerung – verteidigen und bei Wählern der Mittelklasse besonderen Anklang finden.

¹⁴ Vgl. dazu Richard Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 1998.

¹⁵ Zum »Aufstand der Mittelklasse«, die von Arnulf Baring kurz nach der von den Konservativen verlorenen Bundestagswahl »auf die Barrikaden« gerufen wurde, vgl. Albrecht von Lucke, *Die Zumuter*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/2003, S. 775-777. Die Organisatoren solcher Kampagnen (von Miegel bis Langguth), die reichlich aus der Wirtschaft finanziert werden, sind aus der CDU, der Adenauer-Stiftung bzw. aus Instituten, die

4. Die Wirtschaftskrise und die zunehmende Aggressivität des »herrschenden Blocks«

Die derzeit zugespitzten sozialpolitischen Auseinandersetzungen – in der Bundesrepublik wie fast überall in den Ländern der EU – werden durch verschiedene ökonomische und politisch-strategische Faktoren determiniert:

■ Ausgangspunkt ist *die ökonomische Krise*. Finanzminister Eichel musste eingestehen, dass die ökonomische Stagnation seit nunmehr über drei Jahre andauert und dass eine Wende zu einem kraftvollen Aufschwung (und damit zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes) überhaupt nicht in Sicht ist. Daraus folgt: Der Schuldendruck nimmt zu, die Ausgaben der öffentlichen Hand – vor allem die investiven Ausgaben, die ihrerseits einen Beitrag zu einer konjunkturellen Nachfragebelebung leisten könnten – gehen weiter zurück. Besonders trostlos ist die Lage der Kommunen, denen durch Steuergeschenke für die Unternehmen wichtige Einnahmequellen entzogen wurden und die die große Last der zunehmenden Armut zu tragen haben. Dennoch folgt die politische Klasse der irrigen Auffassung, dass eine Kürzung der Sozialleistungen, eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes und eine Entlastung der Unternehmen wie der Spitzenverdiener zur Belebung der Konjunktur wie zur Senkung der Massenarbeitslosigkeit beitragen könnte.

Mit dem konjunkturellen Einbruch seit 2001, der nachhaltig von der Krise in den USA sowie durch den Einbruch der internationalen Finanzmärkte beeinflusst wurde (und der die stark exportabhängige Ökonomie der BRD stärker traf als andere Länder), wurden zahlreiche Illusionen und spekulative »Blasen« (»bubbles«) zerstört.

Die strukturelle Wachstumsschwäche, die die gegenwärtige Epoche des »globalen High-Tech-Kapitalismus« auszeichnet, ist keineswegs überwunden. Deswegen Instabilität und Krisenanfälligkeit nehmen beständig zu – nicht nur an der Peripherie (Ostasien, Russland, Türkei, Südamerika), sondern in den Zentren des Nordens selbst. Die Ideologie, nach der ein neues finanzgestütztes Akkumulationsregime und die »New Economy« – ausgehend von den USA – eine neue »Lange Welle« des Aufschwungs (ein neues *Golden Age*) tragen würden, hat einen schweren Rückschlag erlitten, zumal mit dem Platzen spekulativer Blasen

vom Kapital ausgehalten werden, einschlägig bekannt. Die Formierung der Neuen Rechten in den USA, die wesentlich zum Wahlsieg von Ronald Reagan im Jahre 1980 beitrug, stützte sich auf so genannte »Bürgerkomitees« (PACs: Political Action Committees), die einerseits Kampagnen gegen z.B. Umweltgesetze und Steuern, andererseits gegen Gewerkschaften und Einwanderer organisierten und dabei massiv mit Geldern der Industrie gestützt wurden (vgl. dazu Mike Davis, *Phönix im Sturzflug*. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren, Berlin 1986, S. 13ff.).

die kriminelle Energie sowie der individuelle Bereicherungstrieb zahlreicher Spitzenmanager zutage trat.¹⁶

Das Projekt der »neoliberalen Globalisierung« versagt auf breiter Front – gleichzeitig spitzen sich die sozialen Widersprüche zwischen arm und reich sowie die ungelösten globalen – ökologischen wie sozialen – Probleme zu.¹⁷ Gleichmaßen nimmt die Gewaltförmigkeit der Artikulation wie der Bearbeitung struktureller Widerspruchskomplexe des globalen Kapitalismus zu – nicht nur in der Kriegserklärung der USA an den weltweiten Terrorismus und ihrer Bereitschaft zur gewaltsamen Durchsetzung ihrer geostrategischen Interessen (Irak-Krieg), sondern auch in der Gewalt, die nach wie vor in den »neuen Kriegen« (z.B. in Afrika oder in Kolumbien) oder in den Megastädten der Globalisierung (Sao Paulo, Mexiko-City etc.) – allgemeiner: in den von der »Schattenglobalisierung« betroffenen Segmenten der Weltgesellschaft, in denen wahrscheinlich die Hälfte der Weltbevölkerung lebt – aufbricht.¹⁸

■ Der »*herrschende Block*« reagiert zunehmend aggressiver auf die wirtschaftlichen Krisenprozesse und die politischen Veränderungen in der Welt. *Nach innen* konzentrieren sich die Angriffe des Neoliberalismus – Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Schwächung der Gewerkschaften und Sozialabbau – mehr und mehr auf den Ab- und Umbau des Staates selbst. Die US-amerikanische Rechte

¹⁶ Vgl. dazu insgesamt Robert Brenner, *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*, Hamburg 2003. Brenner vermag zu zeigen, wie seit Mitte der 1970er Jahre – aufgrund einer massiven Überakkumulationskrise im Herstellungssektor – die Politik stets darauf ausgerichtet wurde, die Kostensituation des Kapitals (sowie die Anlagemöglichkeiten des Finanzsektors) zu verbessern. Die Instrumente dieser Politik waren und sind: der Wechselkurs der Währung (also des Dollar, des Yen und inzwischen des Euro), kostensenkende Rationalisierungsmaßnahmen (technischer und organisatorischer Art), die Absenkung der Unternehmensbesteuerung und Druck auf die Reallöhne (mit verschiedenen Instrumenten, u.a. durch die Massenarbeitslosigkeit). Die Schwäche und Defensive der Gewerkschaften seit den späten 1970er Jahren war ein unmittelbares Resultat dieses Strategiewechsels, der stets auch von den Eliten als Klassenkampf begriffen wird. Diese Politik löste aber nicht die Probleme der strukturellen Stagnation und Überakkumulation, sondern förderte das Anwachsen der spekulativen Blasen, deren Platzen schließlich die schwere Rezession seit 2001 – ausgehend vom US-amerikanischen Finanzmarkt (Dollar-Wall-Street-Regime) – einleitete.

¹⁷ »Inzwischen scheint die Akzeptanzkrise der neoliberalen Globalisierung in eine reale Funktionskrise überzugehen. Wenn es richtig ist, dass es sich bei der gegenwärtigen Globalisierungswelle vorwiegend um einen von den Finanzmärkten getriebenen und dominierten Prozess handelt, so treffen das Platzen der Spekulationsblase, der längste Kursverfall seit der Weltwirtschaftskrise 1929 und das Ende der »New Economy« das neoliberale Paradigma gleichsam ins Mark«. Peter Wahl, *So viel Wechsel war nie! Plädoyer für eine grundlegende Strategiedebatte im emanzipatorischen Lager*, in: *Sozialismus* 6/2003, S. 10-11, hier S. 11.

¹⁸ Vgl. dazu den von Birgit Mahnkopf herausgegebenen *Attac-Reader »Kritik der Globalisierungskrieger. Texte zur Chronik eines angekündigten Krieges«*, Arbeitspapier Nr. 1 aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland, Frankfurt a.M. 2003; sowie Peter Lock, *Wer gibt dem Kindersoldaten sein mörderisches Handwerkszeug. Gewalt ist der böse Schatten der Globalisierung*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 16. April 2003, Seite 7.

– mit George W. Bush als Präsident – vertritt diese Konzeption einer radikalen Zurückführung der Staatsaufgaben durch Privatisierung, Steuererleichterungen für Besitzende und Unternehmen sowie Zerschlagung der noch bestehenden, gewerkschaftlichen Reste der Arbeiterbewegung in einer besonders radikalen Variante.¹⁹ In der EU werden zwei Ziele verfolgt: der Staat – sowie die damit verbundenen Sozialkosten und gesetzlichen Regelungen – sind dem Kapital schlicht zu teuer geworden. Außerdem wittern die Vertreter des »herrschenden Blocks« jetzt eine günstige²⁰ Gelegenheit, die letzten Bestandteile des Klassenkompromisses der Golden-Age-Periode zurückzudrehen und den Staat gleichsam auf seine klassischen Ordnungsfunktionen zurückzuführen.²¹

Die neoliberale Globalisierungsideologie hat diesen »Umbau« des Nationalstaates schon immer gefördert und gefordert. Ihre Glaubwürdigkeit wird freilich dadurch beeinträchtigt, dass a) die sozialen Folgen des Staatsabbaus die sozialen Folgekosten für die Gesellschaft – vor allem aber für die Arbeiterklasse – enorm erhöht haben und dass b) dem Staat neue Funktionen zuwachsen, wenn er – nach innen wie nach außen – für die optimale Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Standortes – in der EU wie auf dem Weltmarkt – Verantwortung übernimmt. Inzwischen muss der Staat – als Ordnungsstaat – auch mehr und mehr auf die sozialen Protestbewegungen gegen die Projekte des Neoliberalismus reagieren. In Genua (2002) wurde so schon der protofaschistische Charakter staatlicher Repression und Gewalt gegen die Demonstranten offenkundig!

Nach außen manifestiert sich die neue Aggressivität in der hegemonialen Rolle der USA in der Weltpolitik, die nach dem 11. September dazu übergegangen ist, ihr Konzept für die Schaffung einer von den USA beherrschten und kontrol-

¹⁹ Vgl. dazu u.a. William Greider, Vorwärts in die Vergangenheit. George W. Bushs Angriff auf den amerikanischen Liberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2003, S. 668–678.

²⁰ »Günstig« auch deshalb, weil die Positionen der Bundesregierung (die der SPD-Sonderparteitag mit 90% Zustimmung absegnet hat) den Positionen von BDA und BDI näher stehen als manche Positionen in der CDU/CSU.

²¹ In der FAZ vom 5.6.03 hat Rainer Hank genüsslich – mit Blick auf die Gewerkschaftsproteste in Europa – den Zerfall des »europäische Sozialmodells« kommentiert. Die Gewerkschaften kämpfen ihr »vorletztes Gefecht«, aber die fortschreitende Privatisierung der Rentensysteme werden sie nicht aufhalten können. Rainer Hank galt lange (auch in Gewerkschaftskreisen) als besonders intelligenter, ja eleganter Diskussionspartner aus dem Lager der jungen Neoliberalen, die stets in Amerika (Leo Trotzki zitierend) ihr Gesellschaftsmodell (als Ideal) verkörpert sahen. Statt einmal über die Kosten und die Krisen der neoliberalen Modernisierung – in den USA, in Europa, in der Welt – auch nur selbstkritisch nachzudenken, verschärfen diese Leute (Hobsbawm nennt sie stets »Wirtschaftstheologen«) ihre Forderungen nach mehr Markt und weniger Staat. Falls es nicht gelingt, die Gewerkschaften in Europa so zu schwächen wie in den USA, dann werden Rainer Hank und seine Freunde wahrscheinlich zuerst nach Pinochet rufen, bevor sie auch nur auf die Idee kämen, sich an John Maynard Keynes (immerhin ein Mitglied der britischen Liberalen Partei) zu erinnern.

lierten Weltordnung auch mit militärischer Gewalt, im Krieg gegen den »Terro- rismus« und auf der Basis der neuen Sicherheitsdoktrin vom September 2002, durchzusetzen. Im Kern geht es um die Sicherung einer neuen Weltordnung, die von den USA als der »einzigen Supermacht« kontrolliert wird (Unilateralismus bzw. »selektive Weltherrschaft«, E.O. Czempiel).²²

Zu den Zielen dieser Politik gehört auch die Schwächung der Europäischen Union – besonders ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie ihrer ökonomischen Macht, die sich im Kräfteverhältnis des Euro gegen- über dem Dollar manifestiert. Darin verbergen sich enorme Gefahren für die USA-Ökonomie; denn diese sind das einzige Land, das seine wachsenden Leis- tungsbilanzdefizite durch Kapitalimporte auszugleichen vermag, die ihrerseits durch das »Dollar-Wall-Street-Regime« (Peter Gowan) reguliert werden. Wie immer sich die transatlantischen (und die innereuropäischen) Beziehungen nach dem Irak-Krieg entwickeln werden, auf jeden Fall werden sie die Forderung nach höheren Rüstungs- und Sicherheitsausgaben beinhalten – sei es durch eine Militarisierung der EU und/oder durch eine stärkere Rolle der Europäer in der NATO. Die Konsequenzen einer solchen Schwerpunktsetzung für die Siche- rung der Sozialsysteme sind – unter den derzeit herrschenden ökonomischen und politischen Bedingungen – allemal negativ. Sie könnten aber auch die Brei- te und Radikalität des sozialen Protestes (sowie der Antikriegsbewegungen, die sich in den Massendemonstrationen vom 15. Februar 2003 manifestiert haben) in Europa (und in anderen Regionen) noch zuspitzen!

5. Das Scheitern des »Dritten Weges« der europäischen Sozialdemokratie

Schließlich wird die Aggressivität des »herrschenden Blocks« noch durch das Scheitern des sozialdemokratischen Mitte-Links-Projektes – bzw. der Konzepti- on des »Dritten Weges« in Europa – gesteigert.²³ Während in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre fast alle Regierungen in der EU sozialdemokratisch geführt waren, hat im Ergebnis der Wahlen der letzten beiden Jahre in Europa eine geradezu dramatische Rechtsverschiebung stattgefunden. Nur in Schweden hat die Sozialdemokratie einen Wahlkampf gewonnen, in dem sie sich – teilweise zusammen mit den Gewerkschaften – deutlich gegen den Neoliberalismus posi-

²² Vgl. dazu den Wortlaut der Rede der Nationalen Sicherheitsberaterin der USA, Condo- leezza Rice, in London am 26. Juni 2003: »In Wirklichkeit war die »Multipolarität« nie eine einigende Idee«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2003, S. 1006-1009.

²³ Vgl. dazu Klaus Dräger, Das Scheitern des Mitte-Links-Projektes in Europa, in: Wider- spruch (Zürich), 43/2002, S. 5-16.

tioniert hat. In Deutschland dagegen kam der Sieg von Rot-Grün im September 2002 ziemlich überraschend und löste bei der CDU/CSU (und besonders bei ihrem Kandidaten Edmund Stoiber) geradezu einen Schock aus! Nach dem September 2002 hat die SPD bei den Landtagswahlen (mit Ausnahme von Bremen) dagegen dramatische Verluste hinnehmen müssen. Auf jeden Fall haben sich in der EU (von Dänemark über die Niederlande, Portugal und Italien) Regierungskoalitionen der politischen Rechten etabliert, die nationalistische sowie rassistische und ausländerfeindliche Positionen vertreten, die das »europäische Sozialmodell« eher ablehnen und die sich in Sicherheitsfragen und auf dem Gebiet der Außenpolitik an die USA anlehnen. Die Spaltung der EU während des Irak-Krieges – vor allem die Haltung der Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa – hat diese neue Konstellation auf geradezu dramatische Weise ans Tageslicht gebracht.

Wie ist dieser Erdrutsch bei den Wahlen in Europa zu erklären? Die Wahlerfolge der Sozialdemokratie seit 1995 waren Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit – vor allem in der Arbeiterklasse und der Mittelklasse – über die Widersprüche und Folgen neoliberaler Politik: mit der anhaltenden Arbeitslosigkeit, den zunehmenden Belastungen für die Lohnabhängigen und der auch in der Öffentlichkeit immer deutlicher zutage tretenden »Gerechtigkeitslücke«. Schließlich wirkt auch die Verunsicherung vieler Menschen angesichts steigender Kriminalitätsraten in den »sozialen Brennpunkten« auf das Wahlverhalten zurück. Die sozialdemokratischen Parteien versprachen, die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Ökonomie zu verbessern, die Arbeitslosigkeit zu senken, den Sozialstaat durch Reformen zu erhalten, für mehr Sicherheit im Alltag zu sorgen und die Gerechtigkeitslücke zu schließen. Diese Konzeption hatte viele Namen – in Großbritannien setzte sich (über die Politik von Tony Blair und die Schriften von Anthony Giddens) die Formel vom »Dritten Weg« durch. In Deutschland wurden die konzeptiven Ideologen des »Wettbewerbskorporatismus« (Streeck/Scharpf) Regierungsberater und Schlüsselfiguren beim nationalen »Bündnis für Arbeit«. Stets ging es darum, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts (der Unternehmen, der Region bzw. der Stadt, der Nation) dadurch zu verbessern, dass die »Sozialpartner« (unter Einschluss der Betriebsräte und der Gewerkschaften) im Prozess der Modernisierung zusammenarbeiten und dabei möglichst auf Forderungen verzichten (z.B. Lohnforderungen, die den Produktivitätsfortschritt übersteigen), die der Wettbewerbsfähigkeit abträglich sind.²⁴

Die Sozialdemokratie bot sich mithin den führenden Kräften des herrschenden Blocks (dem Spitzenmanagement der Transnationalen Konzerne, ihrer Ver-

²⁴ Vgl. dazu Hans-Jürgen Bieling, Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation, FEG-Arbeitspapier Nr. 20, Marburg 2000.

bände, den Meinungsführern in den Medien, in der Wirtschaftswissenschaft und ihren »Think Tanks«) als effektivere Geschäftsführung für eine »Modernisierung«, d.h. für eine Anpassung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an die Anforderungen der kapitalistischen »Globalisierung« an. Dieser Umbau – so wurde versprochen – erzeuge weniger Friktionen als die »Schocktherapien« der konservativ-neoliberalen Hardliner. Selbstverständlich war dieses Angebot mit der Erwartung verbunden, dass sich die Gewerkschaften einer solchen Politik nicht widersetzen werden, sondern angesichts ihrer eigenen Entwicklungskrise (seit den 1980er Jahren) das Angebot zur Aufwertung ihrer Kooperationsbereitschaft und zur Anerkennung institutioneller Regelungen der Beziehungen von Kapital und Arbeit eher positiv aufnehmen.²⁵ Auf der europäischen Ebene formulierte das Dokument des Lissabon-Gipfels der EU (im Jahre 2001) diese kurzzeitige Dominanz der Sozialdemokratie in den europäischen Regierungen. Die EU sollte nach innen so wettbewerbsfähig gemacht werden, dass sie bald die USA an Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit überholen könne. Gleichzeitig soll aber das »europäische Sozialmodell«²⁶ erhalten und ggf. ausgebaut werden. Ansätze im Bereich der Erweiterung der Arbeitnehmerrechte und der Sozialpolitik, aber auch die Aufnahme eines Kapitels über »Beschäftigungspolitik« in den EG-Vertrag²⁷ konnte kurzweilig die Hoffnung nähren, als ob die Sozialdemokratie der Europäischen Union ihren Stempel auszudrücken vermochte.

Der Rechtsruck bei den nachfolgenden Wahlen signalisiert freilich das Scheitern der Dritten Wege sowie die Enttäuschung vielfacher Hoffnungen. Gerade diejenigen Wählerschichten, die mit ihrer Wahl der Sozialdemokratie gegen die – durch die neoliberale Politik verstärkte – »Gerechtigkeitslücke« protestieren wollten, waren (und sind) zutiefst enttäuscht. Die traditionellen Wählerschichten der Sozialdemokratie aus dem Kern der Arbeiterklasse gingen entweder nicht mehr zur Wahl – oder ein Teil von ihnen gab seine (Protest-)Stimme den neuen rechtsextremen Parteien, die die soziale Frage national bzw. nationalistisch reformulieren.

In der Folge dieser Veränderung der Machtverhältnisse ist der Druck der Kapitalverbände auf die Regierungen sehr viel direkter geworden – vor allem die neuen Rechtsregierungen (und zwar nicht nur die Regierung Berlusconi in Italien) verstehen sich eher noch als politischer Ausschuss der Wirtschaftsverbände des eigenen Landes. So entsteht eine Situation, in der die Gewerkschaften

²⁵ Die Arbeit der gemeinsamen Mitbestimmungskommission der Hans-Böckler-Stiftung (des DGB) und der Bertelsmann-Stiftung (des Reinhard Mohn) entsprach exakt dieser Konzeption.

²⁶ Vgl. dazu u.a. Andreas Aust u.a. (Hrsg.), Sozialmodell Europa. Konturen eines Phänomens. Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien, 4, Opladen 2000.

²⁷ Vgl. dazu Ho-Geun Lee, Die Europäische Sozialpolitik im System der Mehrebenenregulation, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Studie Nr. 14, Marburg 2000.

immer mehr in die Rolle einer Art Oppositionspartei hineingeraten – und zwar nicht nur auf dem Gebiet der Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern vor allem auf dem Felde der Auseinandersetzungen um die Sozialpolitik und um die Rolle des Staates in der demokratischen Gesellschaft. Die zahlreichen Generalstreiks und Großdemonstrationen, die in den letzten beiden Jahren in Europa stattgefunden haben, lassen diese (oftmals überhaupt nicht intendierte) Politisierung der Aufgaben der Gewerkschaften deutlich erkennen. Allerdings ist der Widerstand in solchen Ländern sehr viel heftiger und geschlossener, in denen nicht sozialdemokratische Parteien, sondern Parteien der konservativen Mitte und politischen Rechten die Regierung stellen (wie in Österreich oder in Spanien). Solange die Kapitalverbände die Regierungen (einschließlich der sozialdemokratisch geführten) im Rücken wissen und solange die ideologischen Basisprämissen des Neoliberalismus (bzw. der neoklassischen Ökonomie, z.B. der falsche Glaube, dass durch Lohnkürzungen Arbeitsplätze geschaffen werden) nicht nur in der (etablierten) Wissenschaft und in den Medien, sondern auch im Alltagsbewusstsein der lohnabhängig Arbeiten selbst »hegemonial« sind, solange werden sie auch ihre Forderungen gegen die Gewerkschaften radikalisieren. Für die deutschen Verhältnisse ist dabei die Erosion des Flächentarifvertrages (vor allem durch betriebliche Öffnungsklauseln) sowie die weitere Privatisierung der Sozialversicherungssysteme zentral.

6. Veränderungen im politischen System

Es sind zunächst einmal Veränderungen der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, die der zunehmenden Aggressivität des »herrschenden Blocks« – vor allem gegenüber den Gewerkschaften – zugrunde liegen. Die strukturelle Schwäche der gewerkschaftlichen und politischen Linken auf allen Ebenen der sozialen und politischen Auseinandersetzungen – im Betrieb, in Staat und Gesellschaft sowie auf der Ebene der internationalen Politik und der Weltordnung – ist noch längst nicht überwunden. Sie ist nach wie vor Strukturmerkmal der Epoche des »großen Erdrutsches« (Eric Hobsbawm) seit Mitte der 1970er Jahre. Dazu kommen jedoch Strukturveränderungen im politischen System selbst, die die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Parteien (und hier besonders zu den sozialdemokratischen Parteien) auf der einen und zu den Staatsapparaten auf der anderen Seite gründlich transformiert haben.

Die großen Parteien, die um Regierungsbildung bzw. -beteiligung wetteifern, haben sich in den letzten Jahren noch mehr an das amerikanische Vorbild von Wahlvereinen angenähert. Sie sind auf ihre Spitzenkandidaten fixiert und bezahlen große Werbeagenturen, diese in der öffentlichen Meinung sowie in den Medien

gut »rüber zu bringen«. Der Spitzenmanager der SPD für die beiden letzten Bundestagswahlkämpfe hat denn wohl auch von dem »Produkt« gesprochen, das den Wählern bzw. bestimmten Zielgruppen der »neuen Mitte« schmackhaft gemacht werden muss – z.B. »Innovationsfähigkeit« statt »Partei der sozialen Gerechtigkeit«. ²⁸ In der Mediendemokratie haben die Talk-Shows die großen parlamentarischen und gesellschaftlichen Debatten ersetzt. Stets handelt es sich dabei um eine – vom Vorbild der erfolgreichen Werbung für kommerzielle Produkte kopierten – Top-Down-Kommunikation, die weniger auf politische Inhalte und die Differenz zum politischen Gegner als vielmehr auf die Attraktivität bzw. auf die Sympathie zielt, die die Spitzenkandidaten auszustrahlen bzw. zu vermitteln vermögen. ²⁹

Diesen Phänomenen der politischen Vermarktung liegen jedoch Strukturwandlungen der Politik zugrunde, ohne die die Transformation der Parteien als auch die zunehmende Politikverdrossenheit großer Teile der Wählerschaft nicht zu erklären ist. Diese manifestiert sich u.a. in sinkender Wahlbeteiligung oder auch in der Bereitschaft, für die extreme Rechte zu stimmen – vor allem bei denjenigen Gruppen, die nicht nur auf die »Nationalisierung« der sozialen Frage hereinfließen, sondern auch die zahlreichen Korruptions- und Bereicherungsfälle bei den politischen wie den wirtschaftlichen Eliten nur allzu gerne als Funktionsschwächen der Demokratie wahrnehmen. Parteien sind in der Demokratie – ob als Klassenparteien oder als Volksparteien – Vermittlungsinstanzen zwischen der Zivilgesellschaft und dem politischen System im engeren Sinne. Das galt vor allem für die politischen Parteien der Linken und der Arbeiterbewegung. Ihre Macht, ihre Fähigkeit, hegemoniale Strukturen zu beeinflussen, d.h. Kräfteveränderungen zu bewirken, war stets abhängig von ihrer Verankerung als Massenpartei in der Zivilgesellschaft – in den Wohnbezirken, in den Bildungsinstitutionen, in den Betrieben und Verwaltungen, in den Freizeitorganisationen und im Bereich der Kultur. Auch der Mediensektor, der in den letzten Jahrzehnten immer wichtiger geworden ist, gehört zur Zivilgesellschaft.

²⁸ Vgl. dazu Frank Deppe, Wi(e)der-Sprechen lernen für eine kritische Gegenöffentlichkeit, in: Horst Mathes (Hrsg.), *Priorität Politische Bildung, Sprockhöveler Werkstatt*, Hamburg 2002, S. 13–36.

²⁹ Eine Folge dieser Veränderung ist das freie, unberechenbare »Floaten« im Wahlverhalten. Ralf Dahrendorf sieht darin den Ausdruck einer tiefer liegenden Krise der Demokratie: »Die Wahlen zum Beispiel, Instrument der Ablösung derer, die die Macht innehaben, scheinen nicht mehr die gewünschte Wirkung zu haben: Manchmal kommt es zu einem Wechsel, doch schon zwei Monate später sind die Leute erneut unzufrieden und beim geringsten Anzeichen einer vorübergehenden Krise in einem kleinen Teilbereich bereit, gegen eine Regierung zu wettern, die sie soeben erst gewählt haben, wie etwa im Fall der Benzinpreiserhöhung. Es ist so, als hätten die Wähler ein bestimmtes Konsumverhalten ähnlich einer Coladose, die man nach dem Gebrauch wegwirft«. Er bezieht sich dabei offenbar auch auf den Stimmungsumschwung in Deutschland nach den Bundestagswahlen im Herbst 2002, als die rot-grüne Regierungsmehrheit – für viele überraschend – bestätigt wurde.

Es war vor allem der italienische Marxist Antonio Gramsci, der schon früh – im faschistischen Kerker – darüber nachgedacht hat, dass die Arbeiterbewegung nur dann hegemonial werden kann, wenn sie die Kämpfe um die Hegemonie auf dem Terrain der zivilgesellschaftlichen Felder und Institutionen für sich entschieden hat. Die Krise der linken Massenparteien – der sozialistischen/sozialdemokratischen wie der kommunistischen (vor allem in Italien und Frankreich) verlief seit den frühen 1980er Jahren gleichsam parallel zu dem Prozess der Erosion der fordistischen Zivilgesellschaft und damit der Erosion der zivilgesellschaftlichen Macht (und Verankerung) der Parteien der Linken (natürlich spielen die Gewerkschaften für den betrieblichen Sektor der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle). Soziologen sprechen in diesem Zusammenhang auch von der Auflösung spezifischer »Milieus«, die ihrerseits gewerkschaftliches und politisches Engagement sowie das Wahlverhalten strukturieren.

Nicht nur die zivilgesellschaftliche Verankerung, sondern auch die »sozialen Blöcke«, auf die sich in der fordistischen Formation des Nachkriegskapitalismus die sozialdemokratischen bzw. auch die kommunistischen Massenparteien stützten, lösen sich – als Reflex sozialer und kultureller Strukturveränderungen – auf und gruppieren sich neu. Die Wahlniederlagen der Sozialdemokratie in der jüngsten Zeit lassen daher erkennen, dass die Partei bei ihren traditionellen Wählerschichten aus der Arbeiterklasse – allgemeiner aus den Unterschichten, die die SPD als die Partei der »kleinen Leute« wählen – Stimmen verloren hat, während sie bei den »neuen Mittelschichten«, den bevorzugten Adressaten ihrer Wahlkampagnen, nicht genügend Stimmen hinzugewonnen hat, um mehrheitsfähig zu werden. Gleichwohl hat sich – um beim Beispiel der SPD und ihrem Sonderparteitag zu bleiben, der mit 90% der Schröder'schen »Agenda 2010« zugestimmt hat – eine klare Mehrheit in der SPD dafür entschieden, dass die Partei auf keinen Fall als »Partei der Gewerkschaften« in der Öffentlichkeit erscheinen möge. Die Parteiführung und ihre konzeptiven Ideologen repräsentieren die »neue Mitte« und die Mittelklasse. Sie sind eher bereit, Wahlniederlagen zu akzeptieren, als – zusammen mit den Gewerkschaften und anderen Sozialbewegungen – gegen den Neoliberalismus, d.h. vor allem für eine wirkliche Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu kämpfen. Solche Positionen werden etwa von Oskar Lafontaine vertreten, der freilich eher als Individuum (»Schriftsteller und Journalist«), denn als Repräsentant einer politischen und/oder sozialen Bewegung wirkt.

Diese Prozesse des Umbaus der »sozialen Blöcke« (und des Inhalts der Kämpfe um ideologische und politische Hegemonie in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus) werden unvermeidlich auch zu Umgruppierungen innerhalb des Parteiensystems – auch auf der politischen Linken – führen. Allerdings verlaufen solche Prozesse extrem langsam – oder: sie werden durch »Schockereig-

nisse« beschleunigt (hier wäre als Beispiel der Zusammenbruch des Parteiensystems der zweiten italienischen Republik Anfang der 1990er Jahre zu nennen, mit der Konsequenz des Aufstiegs von Silvio Berlusconi und seiner Forza Italia als einem System des modernen »Bonapartismus«, gestützt auf die Medienmacht des »Leaders«). Insgesamt ist das System der sozialdemokratischen Parteien in Europa nach wie vor relativ stabil, vor allem dort, wo sie in der Opposition wieder stärker den sozialen Protest »von unten« zu artikulieren und zu verstärken vermögen.³⁰ Dennoch wird auch auf mittlere Sicht der Spagat zwischen dem »Wettbewerbskorporatismus« – d.h. der Anerkennung des neoliberalen Globalisierungsprojektes – auf der einen und den Kämpfen der Gewerkschaften und anderer Sozialbewegungen für einen neuen Typ der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, für ein radikales Programm der Umverteilung (von oben nach unten und einer Stärkung des demokratischen Staates) nicht auszuhalten sein.

Daher steht das Programm der »Neugründung« – der »Rifondazione« – der politischen Linken auch für viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern auf der Agenda.³¹ Dass dies ein äußerst schwieriges Thema ist, wissen alle, die sich in den letzten Jahren z.B. in der PDS engagiert haben oder die darauf hofften, dass z.B. die Position von Oskar Lafontaine innerhalb oder außerhalb der SPD stärker würde. Es gibt eine Faustformel für die Neugründung von Parteien (die zugleich das Scheitern so vieler Parteinitiativen auf der Linken seit den frühen 1960er Jahren verständlich werden lässt): Solche Initiativen haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn a) die Spaltung (von oben) mitten durch die Partei geht, und wenn b) der Druck »von unten« – aus der Parteimitgliedschaft wie aus den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen – so stark ist, dass er eine Partei zumindest in ihrer Gründungsphase über die 5%-Hürde trägt. Schließlich wäre c) für ein solches Projekt die Herausbildung eines »Blockes« sozialer, politischer und kultureller Kräfte notwendig, dessen strategische Achse gleichsam durch das Bündnis zwischen kritischen Mittelklasseintellektuellen (die die Kritik des heutigen Kapitalismus sowie die programmatische Konzeption einer progressiven Alternative zum Neoliberalismus vertreten und ausarbeiten) und den aktivsten Kräften der neuen sozialen Bewegungen und des linken Flügels der europäischen Gewerkschaftsbewegung gebildet wird. Der französische

³⁰ In Großbritannien hat der Widerstand in der Labour-Party gegen die Innen- und Außenpolitik von Tony Blair – vor allem aus dem Gewerkschaftslager – beständig zugenommen. Dennoch sind die Ankündigungen linker Labour-Sprecher, dass z.B. bei einem Einmarsch britischer Truppen in den Irak Zehntausende von Parteibüchern öffentlich verbrannt werden (so bei einer Versammlung in Frankfurt Anfang 2003 von einem Kollegen aus London versprochen), nicht realisiert worden.

³¹ Während ich dies schreibe, lese ich, dass Detlef Hensche – mit Hinweis auf die Beschlüsse des SPD-Sonderparteitages zur »Agenda 2010« – nach 40 Jahren aus der SPD ausgetreten ist.

Soziologe Pierre Bourdieu widmete seine Kraft in den letzten Jahren gerade einem solchen politischen und kulturellen Projekt. Ob es politische Schockwirkungen geben könnte, die solche Prozesse beschleunigen, kann nicht vorausgesagt werden. Kurzum: Die Frage einer »Neugründung« steht offenbar kurzfristig nicht auf der Tagesordnung. Sie ist aber mittel- und langfristig von zentraler strategischer Bedeutung, auch für die Gewerkschaften. Deshalb muss sie in den Zukunftsdebatten der Gewerkschaftslinken einen festen Platz einnehmen.

7. Was bedeutet gewerkschaftliche Autonomie?

Gewerkschaften sind per definitionem *Klassenorganisation* (denn sie können nur Lohnabhängige organisieren) und zivilgesellschaftliche, d.h. *außerparlamentarische Organisationen*. Ihre Handlungsfelder liegen primär nicht – wie bei den Parteien – im Parlament und in der Regierung, sondern in den Betrieben (in der Produktion) und in den Verhandlungssystemen der Tarifpolitik, die durch die »Tarifautonomie« vor direktem politischen Zugriff geschützt sein sollen. Sie üben Einfluss auf Parteien, Parlamente und Regierungen aus – aber vermittelt ihrer Mobilisierungs- und Durchsetzungsmacht als außerparlamentarische Organisation.

Blicken wir kurz in die Geschichte der Gewerkschaften zurück. In der sozialistischen Arbeiterbewegung gab es immer eine enge – aber oftmals auch problematische und deshalb umstrittene – Beziehung zwischen der Partei (der politischen Organisation) und den Gewerkschaften, die bis 1933 »Richtungsgewerkschaften« waren. August Bebel (als Vorsitzender der SPD) und Carl Legien (als Vorsitz der Generalkommission der Gewerkschaften) verständigten sich (am Anfang des 20. Jahrhunderts) auf eine Art Arbeitsteilung: Die Partei war im Parlament für die Gesetzgebung, die Gewerkschaften – über die Tarifpolitik – für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zuständig. Bebel ging jedoch von einem politisch-ideologischen Führungsanspruch der Partei gegenüber den Gewerkschaften aus.³² Die Führungen der Ge-

³² Die Partei war eben auch für die langfristige Zielsetzung der Arbeiterbewegung – die proletarischen Revolution und den Aufbau des Sozialismus – zuständig, während die Gewerkschaften – auf dem Boden der herrschenden Ordnung – den notwendigen Tageskampf um die unmittelbaren Interessen der Lohnarbeiter zu führen hatten. Vor allem in der so genannten Revisionismusdebatte, in der um die Positionen von Eduard Bernstein gestritten wurde, nahmen die Gewerkschaftsführer Partei für einen eher pragmatischen Reformkurs und polemisierten gegen das »Revolutionsgeschwätz« einiger linker Intellektueller. In ihrer Schrift »Sozialreform oder Revolution« sowie in der »Massenstreikbroschüre« hat sich Rosa Luxemburg mit dieser Problematik sehr gründlich und kritisch auseinandergesetzt.

werkschaften drängten dagegen immer darauf, den Führungsanspruch der Partei abzuschütteln oder gar die Partei dem Willen der Gewerkschaften zu unterwerfen.³³ Nach der russischen Oktoberrevolution – in einer Debatte über die Rolle der Gewerkschaften in der jungen Sowjetrepublik, in der die Positionen von Leo Trotzki (Gewerkschaften als Staatsorgane) und Tomski (relative Autonomie der Gewerkschaften) scharf gegeneinander standen – wies Lenin den Gewerkschaften die Rolle eines »Transmissionsriemens« zu. Sie sollten (im Sozialismus) im Wesentlichen die Aufgabe haben, die Linie der Partei bei den Massen in den Betrieben zu propagieren und umzusetzen.

Solche Konzepte sind lange historisch geworden. Schon in den 1970er Jahren gab es in den europäischen Gewerkschaften – auch dort, wo es relativ starke Verbände gab, die der kommunistischen Bewegung nahestanden (also z.B. die italienische CGIL) – eine intensive Debatte über die *Autonomie der Gewerkschaften*.³⁴ Dieses neue Autonomie-Konzept lässt sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Die Transmissionsriementheorie« wurde zurückgewiesen, damit auch der Führungsanspruch einer Partei. Mit dem Wandel der sozialdemokratischen Massenparteien zu »Volksparteien«, deren Führungen von Angehörigen der Mittelklassen übernommen wurden, fiel den Gewerkschaften (objektiv) eine Funktion der Repräsentanz von »Arbeiterklasseninteressen« zu, durch die – auch gegenüber den Parteien der Linken im Parlament oder der Regierung – ihr politisches Mandat erweitert wurde.

2. Im Ergebnis der Arbeiter-, Jugend- und Intellektuellenbewegungen seit den späten 1960er Jahren waren auch in den Gewerkschaften leninistische Organisationskonzepte (mit ihrer streng zentralistischen »top-down«-Perspektive von politischen Entscheidungsprozessen) zugunsten einer Öffnung »nach unten«, einer Akzeptanz von Elementen einer betrieblichen und gewerkschaftlichen Basisdemokratie in Frage gestellt.³⁵ »Von unten« aus, durch betriebliche Basiskomitees, sollte auch die politische Spaltung überwunden werden.

³³ Dies gelang im »Mannheimer Abkommen« im Jahre 1906. Die geheim gehaltene Vereinbarung zwischen dem Parteivorstand der SPD und der Generalkommission der Gewerkschaften verpflichtete die Parteiführung, die Entscheidung für den politischen Massenstreik von der Zustimmung der Generalkommission abhängig zu machen (vgl. F. Deppe u.a. [Hrsg.], *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, 4. Auflage., Köln 1989, S. 108–114).

³⁴ Vgl. dazu meine Schrift: *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979.

³⁵ Mit dieser These soll nicht behauptet werden, dass sich in den 1970ern in den europäischen Gewerkschaften solche Formen einer »Basisdemokratie« in der Breite durchgesetzt hätten. Die These besagt zunächst nur, dass dort, wo solche Öffnungen stattgefunden haben (auch wenn es nur zeitweilig war), das Konzept der gewerkschaftlichen Autonomie aufgewertet wurde.

3. Insgesamt hatten sich am linken Flügel der europäischen Arbeiterbewegung die Vorstellungen über den Weg einer sozialistischen Transformation entwickelter kapitalistischer Gesellschaften verändert (was auch in den programmatischen Dokumenten der großen kommunistischen Parteien – also z.B. in Frankreich und in Italien – zum Ausdruck kam). Mit dem Abschied von der »Diktatur des Proletariats« (und damit implizit dem Vorbild der sowjetischen Entwicklung nach 1917) war die sozialistische Demokratie – und dabei insbesondere die »Wirtschaftsdemokratie« (unter Einschluss der »demokratischen Planung«) – aufgewertet. Dabei kommt den Gewerkschaften eine zentrale Rolle zu.

4. Schließlich gründeten diese Vorstellungen von der Autonomie der Gewerkschaften auch auf der Erweiterung ihres politischen Auftrags bzw. Mandats infolge der zunehmenden Vergesellschaftung und Politisierung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. Diese beschränken sich keineswegs auf die reine Lohnfunktion, sondern werden mehr und mehr durch allgemeine gesellschaftliche Standards in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Gesundheitswesen, Alterssicherung, Wohnen, Kultur, Infrastruktur usw. bestimmt. Da diese Bereiche jedoch Felder staatlicher Politik und Gesetzgebung sind, ist es unvermeidlich, dass die Gewerkschaften auch im Kräftefeld dieser politischen Auseinandersetzungen ein relevanter, außerparlamentarischer Akteur sind.

Die Formen, in denen diese Autonomie im politischen System (und auf dieses) wirken, sind vielfältig und sehr variabel:

- Die Manifestation gewerkschaftlicher Autonomie und Gegenmacht wirkt als Veto-Macht, d.h. Projekte der Regierung z.B. werden verhindert. Ein gutes Beispiel waren die Streiks in Frankreich 1995/96, die den Premierminister Juppé zwangen, seine Pläne zur »Reform« des öffentlichen Dienstes und der Sozialsysteme zurückzuziehen und dann auch selbst zurückzutreten.

- Die gewerkschaftliche Mobilisierung wirkt auf das politische Klima ein, auf die hegemonialen Strukturen bei der Besetzung zentraler Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ein gutes Beispiel war hier die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche Mitte der 1980er Jahre, in der es der IG Metall (mit anderen Gewerkschaften) gelangt, gegen die herrschende Meinung von Regierung und Arbeitgebern (und der IG Chemie) Sympathien für die Forderung nach der Verkürzung der Wochenarbeitszeit (als Mittel des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit) zu gewinnen. Auch bei Wahlen hat sich immer wieder gezeigt, dass gewerkschaftliche Mobilisierung im Wahljahr (auch härtere Streiks) der politischen Linken keineswegs schaden, sondern auch dazu beitragen können, die öffentliche Debatte zu politisieren und die Wahlbeteiligung – vor allem in den Arbeiterwohnbezirken – zu erhöhen. Gegenüber der SPD verfügen die Gewerkschaften nach wie vor über eine gewisse Macht. Diese besteht darin, die Funktionäre wie die Basis bei Wahlen für die SPD zu mobilisieren oder die potenziellen

SPD-WählerInnen zu demotivieren. Die moderne Sozialdemokratie möchte sich zwar in der Öffentlichkeit von den Gewerkschaften distanzieren, kennt aber auch die Ergebnisse der Wahlforschung, die nach wie vor eine relativ enge Bindung – vor allem der Industriearbeiterschaft – an die Sozialdemokratie nachweisen.³⁶

■ Als Machtfaktor wirkt die Autonomie in das politische System und auf die mediale Konstruktion politischer Öffentlichkeit ein. Natürlich wirkt sie nicht auf alle Parteien gleichförmig. Und ebenso ist es für die Gewerkschaften überhaupt nicht gleichgültig, wie sich die Parteien – vor allem die Linksparteien – zu ihren Forderungen verhalten. Zahlreiche GewerkschafterInnen sind Mitglieder, oft sogar Abgeordnete dieser Parteien, in Vorständen auf verschiedenen Ebenen vertreten. Daraus resultiert ein Grundkonflikt: Wirkt die Partei über ihre Gewerkschaftsmitglieder, denen sie auch Gratifikationen (z.B. politische Karrieren wie zuletzt die von Walter Riester) anbieten kann, auf die Gewerkschaften ein (»zähmend«) – oder schaffen es umgekehrt die in der Partei aktiven GewerkschafterInnen, deren Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen? Die Auseinandersetzung um die »Agenda 2010« vermag zu zeigen, wie es der SPD unter Schröder gelungen ist, sich gegen gewerkschaftlichen Druck von außen und in der Partei zu immunisieren. Daraus folgt: Auch autonome Gewerkschaftspolitik ist darauf angewiesen, im politischen System, in den Volksparteien und von Seiten der politischen Linken Unterstützung zu erhalten. Schon in den 1960er Jahren hatte es sich in einigen westeuropäischen Ländern als vorteilhaft erwiesen, dass sich von den großen sozialdemokratischen Parteien kleinere – aber in den Parlamenten vertretene – Linksparteien (wie die PSIUP in Italien, der PSU in Frankreich, die SVP in Dänemark) abgespalten hatten, aber über die Fähigkeit verfügten, die großen sozialistischen Parteien – z.B. bei der Formulierung ihrer Wahlprogramme und bei der Regierungsbildung – unter Druck zu setzen. Viele Gewerkschafter und Intellektuelle schlossen sich diesen linkssozialistischen Gruppierungen an oder bewegten sich in ihrem intellektuellen und politischen Umfeld.³⁷

³⁶ Vgl. Joachim Bischoff u.a., *Unsere Klassengesellschaft*, Hamburg 2002, S. 14f.

³⁷ Gewiss kann heute nicht einfach auf die Erfahrungen der frühen 1960er Jahre (oder auch der 70er Jahre) zurückgegriffen werden – zumal in der Bundesrepublik Deutschland bisher alle Versuche, eine solche linkssozialistische Formation zu schaffen, scheiterten. In den 1970er Jahren hat die kleine DKP – mit ihren kommunistischen Betriebsräten und mit einem gewissen intellektuellen Umfeld an den Universitäten und in der Studierendenbewegung (MSB/SHB: Politik der gewerkschaftlichen Orientierung) – zu einer Politisierung der Gewerkschaften und der konkreten Auseinandersetzungen (auch mit der SPD-geführten Bundesregierung) beigetragen. Gleichwohl bot sich – gewiss unter außerordentlich widersprüchlichen Bedingungen (die mit dem Anschluss der DDR an die BRD verbunden sind) – mit dem Einzug der PDS in den Bundestag eine Chance für die Entwicklung einer solchen linkssozialistischen Formation. Die Wahlniederlage von 2002 und die abstoßenden innerparteilichen Auseinandersetzungen haben diese Chance inzwischen jedoch erheblich reduziert.

Für die Analyse der gegenwärtigen Erfahrungen und Konflikte legen diese Bestimmungen gewerkschaftlicher Autonomie – vor allem der zuletzt genannte Punkt, der die Vergesellschaftung und Politisierung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft betrifft – vorerst zwei Schlussfolgerungen nahe. *Erstens* ist die Distanz zwischen Parteien und Gewerkschaften inzwischen noch größer geworden.³⁸ Obwohl heute das Autonomiekonzept nicht Gegenstand größerer politischer oder theoretischer Debatten ist, so zeigen die verschärften Auseinandersetzungen um die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft im Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Formation des Kapitalismus – unter den Bedingungen einer politisch ideologischen Hegemonie des Neoliberalismus, dass *zweitens* die Anforderungen an die gewerkschaftliche Autonomie keineswegs zurückgegangen sind. Sie muss sich – im Gegenteil – sogar gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Regierung beweisen. Da die überwiegende Mehrheit der Funktionäre der deutschen Gewerkschaften Mitglieder der SPD sind, fällt diese Bereitschaft zur Artikulation von gewerkschaftlicher Autonomie vielen besonders schwer; denn jenseits aller Wut und Verachtung wissen sie natürlich, dass es in der Machtstruktur des politischen Systems (Parlament und Regierungsapparat) auf absehbare Sicht keinen linken »Ersatz« für die Sozialdemokratie geben wird!³⁹

³⁸ Diese Distanzierung – als historisch-politischer Prozess – ist auch Ergebnis der Tatsache, dass die »Parteien der Arbeiterbewegung« als Klassenparteien (zunächst die Sozialdemokratie, dann die noch existierenden größeren kommunistischen Parteien wie der PCI oder der PCF) verschwunden sind. Die »alte Arbeiterbewegung« (mit ihren »Säulen« Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kulturorganisationen) gibt es zumindest in den westeuropäischen Metropolen des Kapitals nicht mehr. Vgl. dazu Frank Deppe, Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 54, 14. Jg., Juni 2003, S. 71-96.

³⁹ Dabei gibt es wiederum ganz unterschiedliche Verarbeitungsformen dieses Konfliktes. Auf der einen Seite gibt es – z.B. in Bundeskanzleramt und in der SPD-Fraktion des Bundestags – immer noch Anhänger einer »Transmissionsriementheorie«. Diese konferieren am liebsten mit dem IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt. In den großen Gewerkschaften – z.B. in der IG Metall – schwanken deren konzeptive Ideologen zwischen einer kritischen Haltung gegenüber der Regierung und der Warnung, auf keinen Fall die Brücken zur SPD und zur Regierung abzubrechen. Auf der anderen Seite gibt es Austritte aus der SPD (zuletzt Detlef Hensche und Frank Spieth) und eine gehörige Wut auf ihre Minister (so wie umgekehrt führende Sozialdemokraten die Gewerkschaften, die zu Demonstrationen gegen den »Agenda 2010« aufrufen, geradezu unflätig beschimpfen). Auch auf den unteren Ebenen hat sich das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften stark verändert. In den 1970er Jahren blickten viele (vor allem jüngere) Gewerkschafter – auch im Bewusstsein der eigenen Stärke und politischen Qualität – eher verächtlich auf die SPD. Inzwischen sind die Gewerkschaften – nach der langen Periode der Defensive und der Niederlagen – deutlich geschwächt und ihr Ansehen in der politischen Öffentlichkeit ist drastisch gesunken. Vor allem jüngere SozialdemokratInnen, denen die Kultur der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ohnehin fremd ist und die sie gründlich verabscheuen, blicken nunmehr eher verächtlich auf die GewerkschafterInnen (»Dinos« und »Losers«) herunter.

Die Vergesellschaftung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft war auch Ausdruck der »Dekommodifizierung« des Warencharakters der Arbeitskraft. Seit ihren Anfängen setzten sich Gewerkschaften für einen gewissen Schutz der abhängigen Arbeit, d.h. für Formen der Dekommodifizierung, ein.⁴⁰ Tarifverträge, Mitbestimmungs- und Partizipationsrechte, das System des modernen Wohlfahrtsstaates, die Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungs- und Wissenschaftssystem usw. usf. – das ganze System dieser gesetzlichen (d.h. politischen) Regelungen war eben auch Ausdruck des Erfolges der Gewerkschaften, denn sie gewährten kollektiven und allgemeinen (d.h. politischen) Schutz durch Tarifverträge und Gesetze. Mit der Epochenwende zum »Postfordismus« – unter den Bedingungen neoliberaler Hegemonie – hat sich aber der Inhalt des Klassenkampfes völlig verändert: von der »Dekommodifizierung« der Arbeitskraft zu Rekommodifizierung. Mit anderen Worten: Die Massenarbeitslosigkeit, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Aushöhlung des Flächentarifvertrages, die Erweiterung von »gewerkschaftsfreien« Zonen, die Krise der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen, die neuen Formen der transnationalen und globalen Mobilität und Migration der Arbeitskraft – in all diesen Resultaten der Marktradikalisierung (als Folge des Abbaus von Staatlichkeit) und in den politischen Projekten des Neoliberalismus drückt sich ein Abbau von kollektivem und politischem Schutz der Lohnarbeit, eine Aufwertung individualistischer Formen der Lebensgestaltung zu Lasten kollektiver Schutzregelungen aus, kurzum: eine Restauration der (doppelt) »freien Lohnarbeit«, die (im Extrem) nur den Marktgesetzen und nicht der politisch-sozialen Regulation unterworfen sein soll. Das

⁴⁰ Dieter Sauer vom Münchener ISF hat diese Grundbestimmung gewerkschaftlicher Interessenvertretung sehr gut zusammengefasst: »Gewerkschaften wurden begründet, um die Risiken abzufedern, die aus dem Warencharakter der Arbeitskraft für ihren Besitzer, den konkreten Menschen, entstehen. Dies gilt für die Bedingungen des Verkaufs, den Preis, den es zu erzielen gilt, um das Einkommen und damit die materielle Existenz zu sichern, und genauso auch für die Bedingungen der Nutzung von Arbeitskraft im Arbeitsprozess, um zu verhindern, dass lebendige Arbeit durch maßlosen Gebrauch geschädigt oder gar zerstört wird. Gewerkschaften haben zusammen mit anderen Teilen der Arbeiterbewegung also dazu beigetragen, dass Arbeitskraft »dekommodifiziert« wird, d.h. dass sie eben nicht wie eine einfache Ware behandelt wird, sondern besonderen Schutz erhält. Dieser Schutz wurde und wird – und das macht die Gewerkschaften aus – in solidarischen Formen erkämpft. Das ist die *Kernkompetenz der Gewerkschaften* – und nichts anderes«. Im Weiteren befasst sich Sauer mit »Prozessen einer »Rekommodifizierung« von Arbeitskraft: einer Wiederherstellung des Warencharakters von Arbeitskraft, und das bedeutet auch: der Rücknahme und Umkehrung gewerkschaftlicher Errungenschaften. Wenn dies so ist, dann befinden sich die Gewerkschaften gegenwärtig in der Defensive, in einem Abwehrkampf, in dem es vielfach nur noch darum geht, so viele Zugeständnisse zu machen, wie nötig sind, um einigermaßen handlungsfähig zu bleiben. Sie geraten in Gefahr, ihre Kernkompetenz zu verlieren«. Dieter Sauer, Die neue Unmittelbarkeit des Marktes. Arbeitspolitik im Dilemma, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 5/2003, S. 257-267, hier S. 258.

ist der Kern einer sozialen und politischen Auseinandersetzung, in der nicht nur unmittelbar um das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit im Betrieb, in der Gesellschaft und in der Politik gerungen wird. Mittelbar sind dabei grundsätzliche Fragen betroffen wie die Rolle des Staates, die Aufgaben der Demokratie, die Zukunft des Wohlfahrtsstaates, die Überwindung der sozialen Widersprüche des heutigen Kapitalismus. So wird deutlich, dass das politische Mandat der Gewerkschaften nicht »erfunden« werden muss – es ist diesen Auseinandersetzungen unmittelbar eingeschrieben, es ist ihr wirklicher Kern!

8. Gewerkschaften als außerparlamentarische Bewegung?

Wenn von den Gewerkschaften als außerparlamentarischer Bewegung die Rede ist, so ist nicht ganz klar, ob es sich um eine Beschreibung des Ist-Zustandes oder eher um eine normative Soll-Aussage handelt, die die gegenwärtige Mobilisierung in der Auseinandersetzung um die »Agenda 2010« – aber auch die Zunahme der Streiktätigkeit in Deutschland seit dem vergangenen Jahr sowie die am Anfang angesprochenen Aktionen, Demonstrationen, Generalstreiks in anderen europäischen Ländern – schon als Übergang in eine neue Phase begreifen möchte. Diese würde sich weniger durch die Präsenz der Gewerkschaften in den etablierten sozialpartnerschaftlich-kooperativen Verhandlungssystemen als vielmehr durch eine Mobilisierung der eigenen Basis auszeichnen, um auf diese Weise Druck auf die Unternehmer und die Regierung auszuüben und die eigenen Positionen in den Verhandlungssystemen zu stärken. Dabei steht allerdings weniger – so die normative Zuspitzung – die Verbesserung der eigenen Positionen in den Systemen etablierter Politik (Parteien, Parlamente, Regierungen), als vielmehr ein Systemwechsel der Politik⁴¹ im Vordergrund.

Den gegenwärtigen Aktivitäten der DGB-Gewerkschaften kann überhaupt noch nicht das Attribut einer autonomen, sozialen und politischen *Bewegung* zugesprochen werden. *Arbeiterbewegung*, *Rätebewegung*, *Studentenbewegung*,

⁴¹ Systemwechsel der Politik wird hier nicht als revolutionäre Umwälzung (nach klassischen Vorbildern) verstanden, sondern als radikaler Reformismus, der davon ausgeht, dass eine andere Politik im Interesse der Lohnabhängigen (ohne eine radikale Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und des Staates) möglich ist. Diese hätte freilich eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in Gesellschaft und Politik sowie eine radikale Demokratisierung im politischen System zur Voraussetzung. Die Inhalte einer solchen Politik sind in den letzten Jahrzehnten immer wieder z.B. in den Gutachten der Bremer Memorandum-Gruppe, Arbeiten von Mitarbeitern des WSI, aber auch in Positionspapieren von Gruppierungen von Wissenschaftlern und Politikern, die Begriffe wie Nachhaltigkeit und ökologisches Gleichgewicht für die Wachstumsperspektiven der Weltwirtschaft – sowie die notwendigen Umverteilungsmaßnahmen – konkretisiert haben, in der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Frauenbewegung usw. erinnern zunächst einmal an neu entstehende soziale Bewegungen, die sich sowohl in einer erhöhten Bereitschaft zu außerparlamentarischen Aktivitäten (Demonstrationen, Massenstreiks, erhöhte Bereitschaft zur politischen Partizipation etc.), als auch in einer spezifischen politischen Kultur der Bewegung (mit ihren Kommunikationsformen, ihrer eigenen Literatur, ihren Liedern und Darstellern usw.) artikulieren. *Bewegung* heißt in diesem Sinne auch, dass sie denen, die sich bewegen, das Gefühl wie das Bewusstsein des erfolgreichen politischen Handelns, des Vorwärtsdrängens und der Defensive der Gegner vermitteln. Auf diese Weise werden große Menschengruppen für Forderungen nach Demokratie und Freiheit, nach sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit, nach Frieden – aber auch gegen die Besitzenden, die Mächtigen, die Kriegstreiber etc. – mobilisiert. Und auch dies darf nicht vergessen werden: Neue Bewegungen werden in der Regel von der Jugend getragen; ihre Führungsgruppen sind im Durchschnitt nicht älter als 30 Jahre!

Ohne die spontane Bereitschaft von breiten Bevölkerungsgruppen zum Kampf (oder anderen Formen der Solidarität mit den Zielen der Bewegung) gibt es keine soziale Bewegung. In den Anfangsphasen ist dieses spontane Element deutlich stärker als das organisierende Element (durch eine Gewerkschaft, durch eine Partei, durch ein Zentralkomitee o.ä.). Gleichwohl war (und ist) das Vorhandensein solch organisierender und aktivierender Zentren für jede spontane Bewegung ebenso wichtig wie die Existenz von Medien und Wegen der Kommunikation und der Aufklärung (Pressewesen, Flugschriften, Internet etc.). Jeder Gewerkschafter kennt den Unterschied zwischen dem Druck der Bewegung von unten und einer bürokratischen Kraftanstrengung von oben aus den jährlichen Tarifkämpfen nur zu gut: ob nämlich die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben freiwillig und in großer Zahl zu den Warnstreikaktionen herauskommen – oder ob eine Minderheit von ihnen (die treuesten Gewerkschaftsmitglieder, Vertrauensleute z.B.) gleichsam aus dem Betrieb »herausgeprügelt« werden muss. Dabei geht es jedoch nicht nur um quantitative Aspekte (wieviele Leute auf die Straße gehen und sich an Aktionen beteiligen). Die Stärke einer Bewegung besteht immer auch in der subjektiven, emotionalen Kraft (z.B. der Solidarität), die sie antreibt, in den Kampferfahrungen, die in den Auseinandersetzungen – auch in Niederlagen – gewonnen werden, in der Schaffung einer eigenen Kultur und der Herausbildung von neuen Führungsgruppen (aus jüngeren Generationen).

Allerdings wirkt in diesen Entwicklungen und Kampfzyklen eine politische Gesetzmäßigkeit. Soziale und politische Bewegungen, die eine Veränderung der Kräfteverhältnisse herbeiführen, gehen aus der Entstehungsphase (für die die spontane Kraft der Bewegung charakteristisch ist), über in eine Phase der Organisation und Institutionalisierung durch Parteibildungen, Parlamentsvertretungen,

Gesetzgebungsprozesse, die ihrerseits Systeme der institutionalisierten Konfliktbearbeitung etablieren. Dabei besteht stets a) die Gefahr der Verselbständigung der Führungsgruppen, die die Apparate beherrschen, und b) die Gefahr der »Zähmung« der Bewegung durch ihre Integration ins herrschende System. Die Entstehung einer neuen Sozialbewegung von unten hat freilich auch in der Regel eine Krise der etablierten Organisationen zur Voraussetzung.⁴² Auf jeden Fall lehrt die Geschichte der Arbeiterbewegung ebenso wie die Geschichte der neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren, die durch die Partei der Grünen (seit den 80er Jahren) institutionalisiert und ins Herrschaftssystem integriert wurden, dass eine solche Gesetzmäßigkeit in die Verlaufszyklen sozialer Bewegungen gleichsam eingeschrieben ist, und dass diese auch (wenngleich in sehr unterschiedlichen historischen und politischen Kontexten) in der neuen globalen Sozialbewegung, der »globalisierungskritischen Bewegung«, wirkt bzw. wirken wird.

Die derzeitigen Aktionen der Gewerkschaften in Deutschland sind also (im Unterschied zur Entwicklung in Frankreich⁴³) kaum als Artikulationsform einer *neuen Sozialbewegung* zu bezeichnen. Auch im historischen Vergleich drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass z.B. Ende der 1970er/Anfang der 80er Jahre

⁴² Die Rätebewegung am Ende des Ersten Weltkrieges z.B. war auch eine Bewegung gegen den etablierten Gewerkschaftsapparat, dessen »Beamte« (vor allem seine Führungsgruppen) sich in das System der imperialistischen Kriegswirtschaft integriert hatten. In Frankreich haben sich in den letzten Jahren neue Basisgewerkschaften gebildet (SUD); in Italien existieren seit einigen Jahren die so genannten COBAs (Comitati di base), die sich von den großen Verbänden abgesetzt haben. Allerdings sind sie weniger das Produkt einer mächtigen Sozialbewegung von unten (in Frankreich spielte doch die große Streikbewegung 1995/96 eine Rolle für die SUD-Gründungen), sondern der Kritik von Teilen der Basis an der Politik der etablierten Organisationen (vgl. dazu Christian Mahieux: Gewerkschaft als Bewegung. Über das Selbstverständnis und die Perspektiven von SUD Rail, in: *express* 5/2003, S. 13 – und die Selbstdarstellung Cobas: Selbstorganisation. Geschichte und Ziele der »comitati di base« in Italien, in: *express* 4/2003, S. 2-4).

⁴³ Dort hat sich eine Massenbewegung gegen die »Reformpolitik« der konservativen Regierung Raffarin (vor allem die Kürzung der Rentenansprüche und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes) entwickelt, die über verschiedene Eigenschaften einer Sozialbewegung von unten verfügt. Einerseits sind die Gewerkschaften in Frankreich organisatorisch relativ schwach (der Organisationsgrad ist inzwischen unter 10% gesunken; vor allem im privaten Sektor der Wirtschaft wurden den einst radikalen Gewerkschaften »die Zähne gezogen«); auf der anderen Seite verbinden sich in den Massenaktionen und Generalstreikbewegungen verschiedene Protestbewegungen, die ihrerseits einen gemeinsamen Feind haben – eine Politik des Neoliberalismus und des Abbau von Demokratie, Wohlfahrtsstaat und von Arbeiterrechten, gegen die Lehrer und Professoren, Studierende, Schüler, aber auch Menschen aus den Bewegungen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit auf die Straße gehen. Die Kraft dieser Bewegungen wird noch dadurch gesteigert, dass sich in ihnen eine Wut über die (selbst verschuldete) politische Niederlage der Linken bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des vergangenen Jahres entlädt! Neuerdings haben sich in Paris auch Gegendemonstrationen gegen die Gewerkschaften (und gegen den »öffentlichen Dienst«) zu Wort gemeldet; Arnulf Baring und seine konservativen »Barrikadenkämpfer« können jetzt also auch vom »Schmettern des gallischen Hahnes« träumen!

– also in der »Vorgeschichte« des Kampfes um die 35-Stunden-Woche (den ja nun einige der heute die »Agenda 2010« kritisierenden Kolleginnen und Kollegen an wichtiger Stelle mit vorbereitet und gestaltet haben) – der spontane Druck der Bewegungen von unten (in den Gewerkschaften, aber auch in der Friedensbewegung dieser Jahre, in der Frauenbewegung etc.) noch sehr viel stärker gewesen ist als heute. Die gegenwärtige Konstellation zeichnet sich durch eine merkwürdige Kombination von verbalem Protest und mangelnder individueller Bereitschaft zum aktiven Engagement in einer Bewegung für eine neue Politik aus. Es gibt viel Unmut und verbalen Radikalismus – aber die Bereitschaft zur Umsetzung dieser kritischen Stimmungen (die sich ja auch z.T. gegen die Gewerkschaftsapparate und ihre Führungen selbst richten) in gewerkschaftliches und politisches Engagement »von unten« ist sehr viel geringer als in früheren Perioden.

Auch hinter verbalradikalen Äußerungen steht oftmals die Bewusstseinsform eines »konservativer Realismus«. Die Kolleginnen und Kollegen wissen um die reale Schwäche der Gewerkschaften (auch gegenüber einer SPD-geführten Regierung). Sie wissen, dass die Angriffe auf den Sozialstaat und auf die Arbeits- und Lebensbedingungen, auf Errungenschaften der reformistischen Arbeiterbewegung, seit Anfang der 1980er Jahre nicht verhindert, sondern im besten Fall gebremst werden konnten. Sie wissen, oder sie spüren, dass die Kritiker und ihre Alternativen (innerhalb und außerhalb der SPD) extrem schwach sind. Sie sind angesichts der Erfahrung desillusioniert, dass vor 1998 Hunderttausende GewerkschafterInnen für die Erhaltung des Kündigungsschutzes demonstrierten, der nunmehr von einer sozialdemokratisch geführten Regierung abgebaut wird. Die relativ privilegierten Teile der Arbeiterklasse (diejenigen, die noch in einem – tarifvertraglich geschützten – Normalarbeitsverhältnis tätig sind) sind daher bereit, den erreichten Besitzstand – wenn auch auf einem etwas niedrigeren Niveau – zu verteidigen und gerade darin die Hauptaufgabe gewerkschaftlicher Schutzfunktionen zu sehen. Eine »sozialverträgliche Absenkung des Besitzstandes« (so die Ideologie der Regierung) ist aber allemal besser in der Kooperation mit Arbeitgebern und Regierung als im kollektiven Widerstand zu erreichen.

Die Ideologie des »Wettbewerbskorporatismus«, die heute als Leitideologie des sozialpartnerschaftlich orientierten Flügels der DGB-Gewerkschaften gelten kann, ist Ausdruck dieses »konservativen Realismus«. ⁴⁴ Ihre Wirkungen sind allerdings angesichts des Scheiterns von optimistischen Erwartungen (hinsichtlich der Kooperation im nationalen Bündnis für Arbeit« oder hinsichtlich der

⁴⁴ Die Mehrheit der gewerkschaftlichen Führungsgruppen fordert entweder eine kooperative Haltung gegenüber der von der SPD geführten Regierung (Schmoltdt u.a.) oder sie schwankt – wie die IG Metall – zwischen verbaler Kritik der Regierungspolitik und einem Beschwichtigungskurs, der auf jeden Fall einen Bruch mit *der Partei* vermeiden soll. In der Führungskrise

Anstrengungen vieler Betriebsräte, durch ein qualifiziertes »Co-Management« (Anerkennung durch die Unternehmensleitungen zu gewinnen) durchaus begrenzt – deshalb entwickelt sich ja in fast allen Gewerkschaftsbünden in Europa eine kritische Strömung, die den Abschied von einer solchen Strategie (entsprechend den Bedingungen des jeweiligen Landes) fordert.

Gleichwohl wirken in allen Ländern die Konsequenzen des tiefgreifende Umbruchs seit den 1970er Jahren, des »Erdrutsches« nach, der die Parameter des politischen Denkens und Handelns so tiefgreifend erschüttert und verändert hat. Für die deutschen Gewerkschaften, für ihre Konflikt- und Kampffähigkeit, für die politische Orientierung ihrer Führungsgruppen, sind in diesem Zusammenhang zwei Prozesse von besonderer Bedeutung:

1. *Der Bedeutungsverlust des industriellen Sektors.* Die Streikwellen der 1970er Jahre (bis zur Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche im Jahre 1984) wurden von der starken Industriegewerkschaft Metall (zusammen mit der keinen IG Druck und Papier und der Gewerkschaft HBV) getragen. Die Transformation des industriellen Sektors (und der Industriearbeiterschaft als dem »Rückgrat« der fordistischen Gewerkschaft) verlief doppelt: auf der einen Seite als ein Prozess der »Entindustrialisierung«, d.h. des weiteren Rückgangs der Industriebeschäftigung (zugunsten der Dienstleistungen) bei Steigerung der Produktivität (»mikroelektronische Revolution«); auf der anderen Seite durch innerbetriebliche Rationalisierungsstrategien, durch die Durchsetzung eines »flexibelmarktwirtschaftlichen Produktionsmodells«. ⁴⁵ Dieses verändert die Herrschaftsstrukturen im System der Produktion (Ablösung der fordistischen Kommandowirtschaft) und verleiht der »Subjektivität der Beschäftigten« eine neue Bedeu-

der IG Metall im Juni und Juli 2003 war dies einer der zentralen Punkte, über die jenseits der Diffamierung und Kategorisierung von Personen (in der Presse und in den Auseinandersetzungen im Apparat) auch in der Zukunft strategisch zu diskutieren wäre; denn die unterschiedlichen Positionen zwischen der IG Metall auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite sind ja keineswegs aufgehoben. Sie werden sich in den nächsten Monaten, wenn die Bundesregierung zur »Reform« des Betriebsverfassungsgesetzes (§ 77, Abs. 3) bereit ist, noch zuspitzen. Die Schwäche der »Modernisierer« liegt ja auch darin begründet, dass sie mit einer Politik des Korporatismus zwar eine gewisse Anerkennung, aber keineswegs bessere materielle Resultate im Sinne der Interessenvertretung der Lohnabhängigen vorweisen können. Das Scheitern des Engagements von Klaus Zwickel für ein »Bündnis für Arbeit« (schon zu Zeiten von Helmut Kohl) vermag dieses Dilemma nur allzu deutlich illustrieren. Die DGB-Führung, die stärker politische Aufgaben hat, kann dieses Dilemma nicht lösen. Sie ist ohnehin geschwächt – zwischen den großen Einzelgewerkschaften – und neigt gegenüber der Regierung zu einer eher kooperativen Haltung. – Das gilt nicht allein für Spitzenfunktionäre, sondern vor allem auch für Betriebsräte und einen Teil des hauptamtlichen Apparates auf der lokalen und regionalen Ebene, der seinerseits in die SPD eingebunden ist. Aus solchen Positionen wird sich auf jeden Fall keine autonome gewerkschaftliche Sozialbewegung entwickeln können.

⁴⁵ Klaus Dörre, *Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus*, Wiesbaden 2002, bes. S. 380ff.

tung.⁴⁶ Solche Rationalisierungsstrategien sind stets auch Momente eines Klassenkampfes. Mit der Stilllegung gigantischer »Musterfabriken« des Fordismus (z.B. Renault Billancourt/Paris; Fiat in Mirafiori/Turin) wurden einerseits Bastionen einer im Kampf erfahrenen Arbeiterklasse geschliffen. Andererseits verschwanden in den letzten beiden Jahrzehnten auch viele der Betriebe bzw. der Belegschaften und ihrer Betriebsräte, die in den Streiks der 1970er und frühen 80er Jahre noch eine Avantgarde-Funktion innehatten – am Beispiel des Bezirks Stuttgart der IG Metall ließe sich dieser Prozess sehr genau studieren. Die Gewerkschaftsaktivitäten gegen Privatisierung und Deregulierung werden heute weitgehend von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – und nicht von Fraktionen der Industriearbeiterschaft – getragen. Die neue Welle des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen den Neoliberalismus und sein Globalisierungsprojekt begann daher mit den großen Streiks der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Frankreich 1995/96 – und auch in den Widerstandsaktionen des Jahres 2003 gegen den Umbau der Pensionssysteme in Frankreich und Österreich stehen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an der Spitze. In Deutschland hat die neue Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sehr schnell die zögerliche und moderierende Rolle der ÖTV überwunden und sich in den Auseinandersetzungen um die »Reform« des öffentlichen Dienstes sowie um den »Umbau« der sozialen Sicherungssysteme profiliert.

2. *Die »Verbetrieblichung« der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.* Diese Tendenz ist in zahlreichen industriesoziologischen Untersuchungen der letzten Jahre immer wieder bestätigt worden. Mit der Schwächung der gewerkschaftlichen Macht auf der internationalen, nationalen und Branchenebene (z.B. in den Tarifverhandlungen) wurde die Interessenvertretung auf der Ebene des Betriebes bzw. des Unternehmens aufgewertet. Die starke Position der Betriebsräte (vor allem der industriellen Großkonzerne) im dualen System der Interessenvertretung ist nicht neu; gleichwohl entspricht die Aufwertung betrieblicher Regelungen – vor allem außerhalb (und unterhalb) der tarifvertraglichen Vereinbarungen – den Interessen der Arbeitgeber sowie der konservativen und liberalen politischen Kräfte. Sofern die Gewerkschaften diese Aufwertung akzeptieren

⁴⁶ »Die Subjektivität der Beschäftigten, im Fordismus vielfach Störfaktor und oft auch illegale Kompensationsfunktion, wird jetzt zu einem zentralen produktiven Faktor, und dies in doppelter Weise: Das Prinzip der Selbstorganisation soll den Beschäftigten zu unternehmerischem Handeln auffordern, d.h. er soll den Einsatz seiner Arbeitskraft, seine Leistungsverausgabung und auch die Rationalisierung seines Arbeitsprozesses selbst steuern. Zum anderen sind die subjektiven Ressourcen von Arbeitskraft gefordert, d.h. ihre kreativen, problem-lösenden, kommunikativen Fähigkeiten, ihre Motivation und ihr Engagement. Damit werden Potenziale und Ressourcen ins Visier genommen, die traditionell gerade außerhalb des betrieblichen Geltungsbereiches liegen und die jetzt intensiver und expliziter ökonomisch genutzt werden sollen. Es kommt mit der Person als Ganzes auch ihr Leben ins betriebliche Spiel und damit die private Lebenssphäre« (Dieter Sauer, a.a.O., S. 251f.).

oder sie sogar – in dem gemeinsamen Mitbestimmungsgutachten mit der Bertelsmann-Stiftung – zu einer neuen Philosophie der Sozialpartnerschaft »im Zeitalter des globalen Wettbewerbs« verklären,⁴⁷ beinhaltet dies eine Abwertung a) der Tarifpolitik (die durchweg »moderat« und wettbewerbsorientiert zu sein hat) und b) eine Infragestellung des politischen Mandats der Gewerkschaften, das Grundfragen der Demokratie, der Sozialstaatlichkeit sowie von Krieg und Frieden betrifft. Kurzum: Verbetrieblichung bedeutet eine starke Tendenz zur Entpolitisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung (vor allem im überbetrieblichen Raum). Nicht minder bedeutsam ist der Sachverhalt, dass sich damit oftmals die klassische Führungsfunktion der Organisation und ihrer Funktionäre (vor Ort) umkehrt. Die Aufgaben der Gewerkschaft – genauer: die Verwaltungsstelle (aber auch der Abteilungen der Zentralverwaltungen oder der Hans-Böckler-Stiftung) – werden auf Service-Funktionen für die Betriebsräte der Großbetriebe reduziert. Es ist nach wie vor richtig, dass die Kraft der Gewerkschaften in letzter Instanz aus den Betrieben kommt. Gleichwohl hat die Verfolgung betrieblicher Interessen (durch Betriebsräte, vor allem durch GBR-Vorsitzende von Großunternehmen, und durch Gewerkschaftsfunktionäre »vor Ort«) immer auch die Tendenz zu einem konservativen Syndikalismus, der sich von den Gewerkschaften als allgemeinen Organisationen der Interessenvertretung der Lohnabhängigen immer mehr abkoppelt. Mit der Aushöhlung des Flächentarifvertrages werden solche Tendenzen noch verstärkt. Der von Linken in den Gewerkschaften geforderte »Häuserkampf«⁴⁸ als Antwort auf den Ausstieg der Arbeitgeber aus dem Flächentarifvertrag wäre schon eine angemessene Strategie. Dennoch wissen diejenigen, die daran in der Öffentlichkeit erinnern, nur zu genau, dass die Voraussetzungen für eine solche – in der Fläche wirksamen – »Partisanenstrategie« nur gering entwickelt sind.

9. Exkurs: Zur Führungskrise in der IG Metall im Juni/Juli 2003

Beide Tendenzen kamen in der Führungskrise der IG Metall zum Ausdruck. Dabei haben zahlreiche Faktoren und Ebenen ineinander gespielt. Die – seit langem bestehenden – gewerkschafts- und allgemeinpolitischen Strömungen formierten

⁴⁷ Vgl. dazu u.a. Frank Deppe, Sozialpartnerschaft ohne Alternative? Anmerkungen zur neueren Debatte um die industriellen Beziehungen, in: Udo Klitzke u.a. (Hrsg.), Vom Klassenkampf zum Co-Management? Perspektiven gewerkschaftlicher Betriebspolitik, Hamburg 2000, S. 179–213.

⁴⁸ Solche Kämpfe (z.B. um »Haustarife«) in einzelnen Unternehmen hat es immer wieder gegeben; erinnert sei exemplarisch an den Kampf der Gewerkschaft HBV in Mannheim gegen die Firma Schlecker, in dem bundesweit mit Protestaktionen und Boykottaufrufen auf die Ausbeutungsverhältnisse in dieser Firma aufmerksam gemacht wurde.

sich schnell zu verfeindeten »Lagern«, wobei die politische Charakterisierung der Person von Jürgen Peters und der ihn unterstützenden Kräfte schnell in die denunziatorische Sprache des »Kalten Krieges« zurückfiel (was von der Presse begeistert aufgenommen wurde). Niemand hatte wohl den Mut, einmal offen einzugestehen, dass die Lösung der komplizierten Probleme einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik in der Gegenwart weder von der Kompetenz und dem Charisma von einzelnen Führungspersonlichkeiten, noch von den »Patentrezepten« entweder einer »wettbewerbskorporatistischen Modernisierungsstrategie« oder eines »traditionalistischen Verteidigungskampfes um Errungenschaften« geleistet werden kann. Gerade darin reflektiert sich das zentrale strategische Defizit, das sich in den letzten Jahren akkumuliert hat. Dessen Überwindung bedarf einer offenen Debatte in der Gewerkschaft unter Einbeziehung eines möglichst großen Teils der Mitgliedschaft. Dies erfordert aber auch eine neue »strategische Beweglichkeit«, die die notwendige Härte bei der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Schutzfunktionen mit einem Lernprozess verbindet, der sich öffnet für differenzierte Strategien der Interessenvertretung, und damit den – horizontalen wie vertikalen – Fragmentierungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse und der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Rechnung trägt: zwischen nach wie vor bestehenden Sektoren fordristischer Massenproduktion und den von Mittel- und Kleinbetrieben geprägten Sektoren der »New Economy«, zwischen den relativ privilegierten Gruppen der Facharbeiter und Angestellten in (relativ) stabilen Beschäftigungsverhältnissen (die durch den Flächentarifvertrag erfasst werden) und der zunehmenden Masse der (überwiegend weiblichen) unteren und Rand-Gruppen des Arbeitsmarktes, die von den traditionellen tarif- und sozialpolitischen Schutzwirkungen ausgeschlossen sind. Auch könnte das Lernen von den Erfahrungen anderer Gewerkschaften in der Welt das Bewusstsein für solche Aufgaben schärfen.⁴⁹

Nicht zu unterschätzen war am Anfang des Konfliktes auch die Bedeutung regionaler Machtverhältnisse in der IG Metall, die seit dem Ende der Amtszeit von Otto Brenner von Kollegen aus Baden-Württemberg geführt wurde (Loderer, Maier, Steinkühler, Zwickel). Der Bezirk Hannover (aus dem Jürgen Peters kommt) hat gerade in den letzten Jahren im Bereich der Tarifpolitik – und hier wiederum vor allem bei VW – dem Bezirk Stuttgart den Rang eines »Pilot-

⁴⁹ Das Studium der neueren Erfahrungen der US-amerikanischen Gewerkschaften könnte dabei hilfreich sein (ohne dass diese Erfahrungen kopierbar wären). Nachdem der Niedergang der Gewerkschaften auch durch eine Politik des »Concession Bargaining« nicht aufzuhalten war, setzte sich in der Führung der AFL/CIO eine oppositionelle Gruppe (das »new-voice-Bündnis«) durch, die den Kapitalismus und die herrschende Politik in den USA schärfer kritisierte, militante Streikauseinandersetzungen organisierte und vor allem neue Methoden der Mitgliederwerbung und -mobilisierung (vor allem unter den sog. neuen Gruppen: Frauen, Immigranten, Dienstleistungsberufe etc.) entwickelte. Vgl. dazu Malte Meyer, Neuanfang in der Defensive. US-Gewerkschaften unter Handlungsdruck, Hamburg 2002.

Bezirk« streitig gemacht. Dazu kam die Bedeutung der strategischen Positionierung der Gewerkschaftspolitik gegenüber der SPD und der Regierung, wobei die schlichten Schablonen von »Modernisierern« und »Traditionalisten« mit Freund-Feind-Schemata aufgeladen wurden, um die wirklichen strategischen Fragen, um die es heute bei allen Gewerkschaften geht – nämlich wie die Vermittlung zwischen »Gegenmacht« (die unverzichtbar ist) und Verhandlungskompromissen (die in jedem gewerkschaftlichen Abschluss enthalten sind) neu justiert werden muss – zu vernebeln. Gleichzeitig wurde die Kritik an der Kandidatur von Jürgen Peters nicht in den Gremien – bis zum Gewerkschaftstag – gehalten, sondern es wurde eine Pressekampagne inszeniert, die die Verantwortung für die Niederlage des Streiks im Osten einem bestimmten Personenkreis zuschreiben wollte, um auf diese Weise die Nachfolge von Klaus Zwickel – entgegen dem Votum des Vorstandes – neu zu regeln.

Dabei wurde wiederum deutlich, dass und wie sich Machtzentren innerhalb der IG Metall in den letzten Jahren verschoben haben. Der Vorsitzende und der geschäftsführende Vorstand (die »Zentrale«) haben deutlich an Autorität verloren: zum einen zugunsten der Bezirke und ihrer Leiter, zum anderen zugunsten der großen »Betriebsratsfürsten« vor allem aus der Automobilindustrie im Süden und Südwesten des Landes. Hier wirkte u.a. die tarifpolitische Auseinandersetzung nach dem Ende des Streiks im Bezirk Stuttgart im Frühjahr 2002 nach. Gerade in der Rolle der Betriebsräte werden die Folgen der Verbetrieblung der Gewerkschaftspolitik und der Unterordnung des Apparates und seiner Führung unter die Interessen der mächtigsten Betriebsräte besonders deutlich.⁵⁰ Zeitweilig musste es scheinen, als ob der Streit um die Nachfolge von Zwickel zu einem Kampf zwischen dem Betriebsrat von VW und dem von DaimlerChrysler (flankiert von Opel) um die Führung der IG Metall entartet sei.

Bei alledem trat die Krise der Organisation nicht so sehr im Medienkrieg der Hauptkontrahenten, sondern gerade darin in Erscheinung, dass a) die Mitgliederbasis der Organisation in diesem Kampf nur eine äußerst periphere Rolle zu

⁵⁰ Horst Kern und Michael Schumann haben in ihrer klassischen Studie (Das Ende der Arbeitsteilung?, München 1984, S. 290ff.) als Spezifik der industriellen Beziehungen in der Chemieindustrie festgestellt, dass »das Establishment der Chemiebetriebsräte ... den persönlichen Kontakt und die direkte Unterstützung der obersten Unternehmensspitze (sucht)«. Der Wandel der IG Chemie von einer eher linken Gewerkschaft zur Führungsorganisation des rechten Flügels des DGB in den 1970er Jahren wird daher von Kern und Schumann u.a. auf den immer größeren Einfluss der Betriebsräte der Großindustrie auf die Gewerkschaft zurückgeführt. »Wohl auch deswegen, weil es der IG Chemie nicht gelang, in den Betrieben eine autonome gewerkschaftliche Machtbasis zu schaffen, kam es zu einem Kurswechsel in der Verbandsspitze in Bezug auf die Betriebsräte der Großchemie. Man arrangierte sich und verzichtete auf eine Politik vorbei an ihnen. Damit wurde freilich der Verhaltensstil der Betriebsräte der Großchemie gewerkschaftlich in einem Maße sanktioniert, dass er zu einer organisationsbestimmenden Strömung werden konnte. Die sozialmanageriell-selektive Betriebsver-

spielen hatte, und dass b) von den Kontrahenten der öffentlichen Debatte die zentralen Fragen gewerkschaftlicher Politik und Strategie zugunsten einer denunziatorischen Personalisierung in der Hintergrund gedrängt wurden. Vor allem daran zeigt sich, dass dies ein »Machtkampf« von oben war – ausgezeichnet mit allen Raffinessen einer bürokratischen Intrige von Leuten, die – so wurden sie in der Presse gelegentlich anonymisiert – die IG Metall »wie ihre Westentasche« kennen.

Der Schaden, der dadurch angerichtet wurde, kann in der Zukunft nur behoben werden, wenn nach der (vielleicht nur vorläufigen) Lösung der Personal- und Führungsprobleme eine wirkliche Konzentration auf die zentralen strategischen Fragen – bei gleichzeitiger Mobilisierung der Mitgliedschaft für die Kernbereiche der Interessenvertretung – stattfindet.

10. Autonome Kraft und Bündnisfähigkeit

Die (sehr groben) Überlegungen zur Autonomie, zum Bewegungskarakter gewerkschaftlicher Interessenvertretung, aber auch zu wichtigen Veränderungen in der Struktur der »Gewerkschaftslandschaft« legen den Schluss nahe, dass es verfrüht oder gar naiv wäre, angesichts der Proteste der Gewerkschaften gegen die »Reformpolitik« der Bundesregierung, aber auch angesichts der Zunahme der Streiktätigkeit in Deutschland in den Jahren 2002/03 diesen Aktivitäten schon das Attribut einer autonomen, außerparlamentarischen Bewegung zu verleihen. Insofern hat die Krise der IG Metall noch einmal diejenigen korrigiert, die allzu euphorisch von einer neuen Sozialbewegung (und ihrer internationalen Vernetzung) sprechen wollten. In anderen europäischen Ländern haben sich die sozialen Proteste diesem Maßstab schon deutlicher angenähert; insofern bleibt es Aufgabe der Linken in den Gewerkschaften, die Ansätze und Tendenzen in die Richtung einer solchen autonomen, außerparlamentarischen Bewegung weiter zu entwickeln und zu verstärken.

Entwicklung von Autonomie erfordert nicht nur ein funktionales Verhältnis zu Parteien und Regierung, sondern die Erweiterung der Bündnisfähigkeit mit anderen Verbänden, Institutionen und Bewegungen (Sozialverbände, Kirchen u.a.). Die »globalisierungskritische« Bewegung ist dabei von besonderer Bedeutung.

halten mauserte sich allmählich zur offiziellen Gewerkschaftslinie« (S. 294). Ein wichtiger Unterschied zwischen der IG Metall und der damaligen IG Chemie besteht freilich darin, dass in der IG Metall die Bevollmächtigten der Verwaltungsstellen von den Vertreterversammlungen gewählt werden und deshalb gegenüber der Zentrale über einen größeren Spielraum an Autonomie und Macht verfügen. Allerdings sind sie auf der Ebene der Verwaltungsstelle um so mehr dem Druck der Betriebsräte der größten Betriebe ausgesetzt.

Diese artikuliert – nach den Kriterien zur Bestimmung »sozialer Bewegungen«, die wir weiter oben verwendet haben – die Entwicklung einer neuen globalen Sozialbewegung, die sich seit dem Ende der 1990er Jahre (Seattle 1999) herausgebildet, schnell ausgebreitet und konsolidiert hat. Allerdings befindet sich diese Bewegung noch im Stadium der Formierung. Es gelingt ihr, durch spektakuläre Aktionen, durch das Weltsozialforum in Porto Alegre, inzwischen auch durch das Europäische Sozialforum (das im November 2002 zum ersten Mal in Florenz getagt hat), durch Konferenzen, durch nationale Organisationen wie Attac usw. die Aufmerksamkeit auf die Widersprüche des neoliberalen Globalisierungsprojektes zu richten und dabei die skandalösen Folgen der »Schattenglobalisierung« (Stiglitz) wie soziale Ungleichheit, Massenarmut, Kriege und Gewalt, ökologische Schädigungen, Kulturverfall usw. zu kritisieren.⁵¹

Die Losungen »Die Welt ist keine Ware« sowie »Eine andere Welt ist möglich« enthalten eine utopische Dimension, die vor allem für jüngere Menschen eine Anziehungskraft entfaltet. Zugleich wirkt die Heterogenität der Bewegung und ihre Spontaneität bei den Großveranstaltungen und -demonstrationen positiv auf jene jungen Menschen, die nicht durch die Parteien vorschnell vereinnahmt werden wollen.⁵² Auf der anderen Seite ist – gerade vor dem Hintergrund der höheren Beweglichkeit dieser Bewegungen, etwa im Vergleich zu den hoch zentralisierten Gewerkschaftsverbänden – die globale, nationale oder auch nur lokale Kraft dieser Bewegungen zur Durchsetzung ihrer Ziele noch sehr viel geringer entwickelt als die Kraft der Gewerkschaften zur Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder in den Betrieben bzw. in den Tarifverhandlungen – wie begrenzt und geschwächt diese Macht auch in der Gegenwart sein mag.

⁵¹ Dieter Boris, Globalisierung und soziale Bewegungen, in: ders., Metropolen und Peripherie im Zeitalter der Globalisierung, Hamburg, 2002, S. 64ff., hier S. 76) hebt zwei »große konsensuale Grundlagenelemente« des programmatischen Selbstverständnisses dieser Bewegung hervor: »Erstens: Es wird erkannt, dass die Versprechen von den Wohltaten einer vollständigen Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung ... im Kern nicht zutreffen ... und dass statt dessen die zentralen Mechanismen der neoliberalen Globalisierung unvermeidlich und systematisch die soziale Ungleichheit auf unterschiedlichen Ebenen erhöhen und dazu tendieren, die natürlichen Grundlagen der Gesellschaft zu zerstören. Zweitens wird übereinstimmend gesehen, dass die wichtigsten internationalen Institutionen wie der IWF, die Weltbank, die Welthandelsorganisation (WTO) Teile der weltweiten Machtstrukturen sind, die vor allem die Interessen der finanziellen und transnationalen Kapitale und ihrer Regierungsrepräsentanten vertreten und Politiken verfolgen, die diesen nützen.«

⁵² Dennoch wäre es falsch, die Spontaneität als Hauptmerkmal dieser Bewegung zu bezeichnen. Alle Sozialbewegungen profitieren in ihrer Konstitutionsphase von der Kraft des spontanen Druckes von unten, der sie antreibt. Die globalisierungskritische Bewegung lebt jedoch von unzähligen Organisationen »an der Basis« (vor allem NGOs), aber inzwischen auch von der Kooperation z.B. mit den Gewerkschaften und von der Beteiligung zahlreicher Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften an Aktionen dieser Bewegung, der freilich auch noch »Organisationsfragen und -debatten« bevorstehen, je erfolgreicher sie agiert.

Bündnisse bedeuten daher weder Verschmelzung noch Unterordnung. Sie sollen vielmehr Synergieeffekte erzeugen, indem die jeweiligen Organisationen auf ihrem ureigenen Gebiet der Interessenvertretung ihre Kraft durch die Zusammenarbeit in anderen Feldern erhöhen. Die globalisierungskritische Bewegung ist gerade deshalb für die Gewerkschaften von Bedeutung, weil sie mit ihrer Kritik am neoliberalen Globalisierungsprojekt und seinen Folgen zugleich die Tradition einer Kapitalismuskritik (und der darin enthaltenen Vision einer »neuen und besseren Welt«) erneuert, die für die sozialistische, kommunistische und anarchistische Arbeiterbewegung (zu der die europäischen Gewerkschaften in ihrer Mehrheit gehören) in ihrer gesamten Entwicklung (freilich in früheren Entwicklungsphasen mehr als in den Krisen der vergangenen beiden Jahrzehnte) prägend gewesen sind. Zugleich vermittelt der tatsächlich globale (internationale) Charakter dieser Bewegung die Erkenntnis, dass in der Zukunft Strategien einer progressiven Veränderung bestehender Herrschaftsverhältnisse stets in grenzüberschreitenden, transnationalen Dimensionen konzipiert und praktisch durchgesetzt werden müssen. Der Internationalismus hat so – auf der Basis der kapitalistischen Globalisierung und der unipolaren Strukturierung der weltweiten Machtverhältnisse durch die US-Hegemonie – neue, praktische Dimensionen und Anknüpfungspunkte gewonnen.

Stephen Gill aus Toronto hat sich mit dem Charakter der neuen sozialen Bewegungen auseinandergesetzt und unterscheidet dabei vier Gruppen von Widersprüchen, auf die sich Protest und Widerstand konzentrieren:

1. Der Widerspruch zwischen Großkapital und Demokratie. Die Demonstrationen seit Seattle haben die Politik internationaler Organisationen – wie der WTO, der Weltbank, des IWF, der OECD und der EU – scharf angegriffen. Diese Organisationen schaffen optimale Bedingungen für die freie Bewegung des Kapitals, für den weltweiten Schutz von Eigentumsrechten (MAI) auf Kosten der nationalen Souveränität und der Demokratie als auch auf Kosten der Arbeiterrechte und der sozialen Absicherung der Bevölkerungen

2. Der disziplinierende Neoliberalismus intensiviert die Arbeit und die Ausbeutung. Zur gleichen Zeit haben ökonomische und finanzielle Krisen auf der ganzen Welt Millionen von Menschen in die Armut getrieben. Dieser Widerspruch erklärt den wachsenden Widerstand der Gewerkschaften gegen den Neoliberalismus – in den USA wie in Westeuropa, wo zumindest in den letzten zwei oder drei Jahren jedes wichtige Treffen der Europäischen Union von Massendemonstrationen, für einen Politikwechsel, für ein »soziales Europa«, begleitet war.

3. Eine dritte Gruppe von Widersprüchen hängt mit der Intensivierung der Krise der sozialen Reproduktion zusammen. Insbesondere die feministische Politische Ökonomie hat gezeigt, wie die Armut an der Peripherie und der Abbau des Wohlfahrtsstaates in den kapitalistischen Zentren zunächst einmal die Frauen

und ihre Arbeit in der Reproduktionssphäre – vor allem in der Subsistenzökonomie, im Haushalt und bei der Kindererziehung – trifft. Neue Formen der globalen Ausbeutung der Arbeit wie der Körper von Frauen (durch Hausarbeit und Prostitution) charakterisieren überall die Ausweitung des informellen (und kriminellen) Sektors der globalen Ökonomie.⁵³

4. Schließlich thematisiert eine vierte Gruppe von Widersprüchen die Aktivitäten der transnationalen Konzerne im Bereich der Nahrungsmittelindustrie. Sie monopolisieren die Kontrolle über die Nahrungsmittel, die mit den Methoden des Biological Engineering und von genetischen Veränderungen angebaut werden. Dabei geht es nicht allein um die Nahrungsmittel, sondern auch zunehmend um eine »Biopolitik«, die diese Kontrolle (durch Genmanipulation und Experimente mit Embryonen) auf die menschlichen Körper selbst überträgt. Diese Problematik spielte schon bei den Demonstrationen gegen die Politik der WTO und der OECD, die geheim über das Multinationale Abkommen über Investitionen (MAI) verhandelten, eine wichtige Rolle. Dabei zeigt sich auch, in welchem Ausmaße globale Kritik und Information heute auf die Nutzung der elektronischen Kommunikationsmittel – vor allem das Internet – angewiesen sind.⁵⁴

Eine letzte Gruppe von Widersprüchen (die Gill nicht erwähnt) ist den Auseinandersetzungen um die »neue Weltordnung« eingeschrieben. Vor allem während des Irakkrieges hat sich eine weltweite Friedensbewegung artikuliert, die den Neoimperialismus und die neue, aggressive Geopolitik der derzeitigen Führung der USA mit der Vision einer friedlichen, gerechten und ökologisch verträglichen Welt konfrontiert.

Es kann nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein, sich in allen diesen Handlungsfeldern zu positionieren. Ihre Aufgaben liegen vorrangig in den folgenden Bereichen:

■ Sie müssen im Interesse ihrer Mitglieder eine harte Opposition gegen Sozialabbau, gegen die Verschlechterung der Lage der Lohnabhängigen und der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern sowie gegen den Abbau von Demokratie und Arbeitnehmerrechten sowie gegen Krieg, Gewalt und Faschismus durchhalten. Wer nicht in der Defensive stark ist, wird niemals zur Offensive übergehen können – wird als politische Kraft in Verhandlungssystemen (auch mit der Regierung) nicht ernst genommen. Während der Führungskrise der IG Metall war besonders in der liberalen und konservativen Presse hinter der Fassade der geheuchelten Sorge, es könne sich ein »Hardliner« durchsetzen, die Erleichterung zu spüren, dass die »große und starke IG Metall« erheblich geschwächt wurde.

⁵³ Vgl. dazu besonders Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik*, Münster 2002.

⁵⁴ Vgl. Stephen Gill, *Auf dem Weg zu einem postmodernen Fürsten*, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 48, Dezember 2001, pp. 60-71.

■ Sie müssen sich auf die eigene Kraft konzentrieren: vor allem in der Lohnpolitik – im Interesse der Stärkung der inneren Nachfrage, aber auch einer Beschäftigungspolitik und einer Politik der Umverteilung von oben nach unten. Birgit Mahnkopf nennt in diesem Zusammenhang fünf Aufgabenfelder, die zu bearbeiten sind, um mehr gewerkschaftlichen Gegendruck zu erzeugen: 1. »eine massive Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder«; 2. »die Gewerkschaften müssen für eine wohl informierte Gegenöffentlichkeit in allen Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sorgen«; 3. »die Gewerkschaften brauchen einen Think Tank für alternative Konzepte ... für kritisches Denken jenseits des angebotspolitischen Mainstreams«; 4. sie »können von der globalisierungskritischen Bewegung einiges lernen«; 5. eine »systematische Zusammenarbeit« zwischen der globalisierungskritischen und der Gewerkschaftsbewegung sollte angestrebt werden. »Eine öffentliche Auseinandersetzung darüber, welche Güter und Dienstleistungen öffentlich und welche privat bereitgestellt werden sollten, ob und wie Privatisierung und Effizienzsteigerung zusammenhängen, wie öffentliche Güter finanziert werden können und ob die Privatisierung öffentlicher Unternehmen eine richtige Antwort auf die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte darstellt, sollte nicht nur die Mitglieder von ver.di berühren, die mit diesen Entwicklungen konkrete Arbeitsplatzinteressen verbinden.«⁵⁵

■ Sie müssen mitwirken an der Formierung eines neuen, alternativen Blocks politischer, sozialer und kultureller Kräfte gegen die Vorherrschaft des Neoliberalismus. Zentral ist dabei der Kampf um einen Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, der mit den zuvor genannten Problemen der Lohn-, Beschäftigungs- und Umverteilungspolitik (Steuerpolitik) eng verbunden ist. Es geht dabei in letzter Instanz auch um die Frage der Rolle des demokratischen Staates und der Rolle von internationalen Organisation, z.B. der Europäischen Union (EU) und deren Rolle in der WTO. Gerade auf diesem Felde der ideologischen Hegemonie gilt es, neue Allianzen mit Teilen der Mittelklasse-Intelligenz und der in den Universitäten und Forschungseinrichtungen tätigen Wissenschaftlern(-innen) zu bauen.

■ Schließlich wäre an einer stärkeren transnationalen Vernetzung (sowohl mit und über die globalisierungskritische Bewegung als auch durch eine stärkere Vernetzung der spezifisch gewerkschaftlichen Protest- und Widerstandsaktionen) auf der europäischen Ebene zu arbeiten. Die massive Teilnahme an den Treffen des Europäischen Sozialforums (das nächste findet im November 2003 in Paris statt) bietet dazu eine Gelegenheit!

⁵⁵ Birgit Mahnkopf, Vom Sozialpartner zur Nicht-Regierungsorganisation, a.a.O., S. 308-310.

VSA: Gewerkschaften



176 Seiten, € 12.80
ISBN 3-89965-050-6

Ursula Engelen-Kefer/
Klaus Wieseühgel (Hrsg.)
**Sozialstaat – solidarisch,
effizient, zukunftssicher**

Alternativen zu den Vorschlägen
der Rürup-Kommission
144 Seiten; € 7.60
ISBN 3-89965-052-2

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 05 05 67
Fax 040/28 05 05 68
mail: info@vsa-verlag.de



280 Seiten; € 16.80
ISBN 3-89965-025-5

Hilde Wagner/Armin Schild (Hrsg.)
Der Flächentarif unter Druck

Die Folgen von Verbetrieblichung
und Vermarktlichung
160 Seiten; € 14.80
ISBN 3-89965-007-7

Richard Detje/Christoph Ehlscheid/
Hermann Unterhinninghofen

Perspektiven des Streiks
Arbeitskampfkonzepte der IG Metall
Hrsg. von WISSENTransfer
192 Seiten, € 14.80
ISBN 3-87975-881-6

www.vsa-verlag.de

VSA

VSA: Politisches Denken

Frank Deppe Politisches Denken zwischen den Weltkriegen



Band 2, 560 Seiten; € 34.80
ISBN 3-89965-001-8

Herbert Schui/Stephanie Blankenburg

Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis

192 Seiten; € 15.50
ISBN 3-87975-854-9

Frank Deppe Politisches Denken im 20. Jahrhundert Die Anfänge



Band 1, 400 Seiten; € 20.40
ISBN 3-87975-747-X
Band 1 und 2 zusammen
statt € 55.20: Vorzugspreis € 45.00
ISBN 3-89965-023-9

Margareta Steinrücke (Hrsg.)

Pierre Bourdieu

Politisches Forschen, Denken
und Eingreifen
176 Seiten; € 14.80
ISBN 3-89965-037-9

Nicos Poulantzas

Staatstheorie

Politischer Überbau – Ideologie
296 Seiten; € 18.00
ISBN 3-87975-857-3

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 05 05 67
Fax 040/28 05 05 68
mail: info@vsa-verlag.de

VSA

www.vsa-verlag.de